

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Das neue Volk. 1930-1930 1930**

28 (12.7.1930)



# DAS NEUE VOLK

WOCHENSCHRIFT FÜR CHRISTLICH-SOZIALE POLITIK UND KULTUR

ORGAN DER CHRISTLICH-SOZIALEN REICHSPARTEI  
Erscheint jeden Samstag. Bezugspreis monatlich für Deutsch-  
land 0.50 RM., f. d. Saargebiet Fr. 4.20, f. Österreich 8.10  
ausschließlich Zustellgebühr. Postverlagsort: WÜRZBURG

Ausgabe für Baden

Herausgeber und Gesamtverantwortlich: Vitus Heller,  
Würzburg. Geschäftsstelle: Würzburg, Karthause 11a, Fern-  
ruf Nr. 6015. Postcheckkonten: Verlag 12329 Nürnberg  
Parteilasse 33038 Nürnberg. Druck: Werkbund Würzburg

NR. 28 / 11. JAHRGANG

SAMSTAG, DEN 12. JULI 1930

EINZELNUMMER 20 PFG.

## Die Wahrheit über das Rheinland!

### Volksgemeinschaft.

Da die Stürme gegen die damaligen Separatisten im Rheinland von einem nationalistischen Mob inszeniert worden, da bei der Befreiungsfeier der festliche Rummel vergessen lassen wollte, was einmal war, sei nochmal hier kurz zusammengefaßt, um der geschichtlichen Wahrheit willen, was damals im Rheinland gespielt wurde, und von wem jene Bewegung ausging, die ein „freies Rheinland“ proklamierte.

Schon vor Friedensschluß tauchten in Bayern und im Rheinland, besonders in politisch-katholisch führenden Kreisen, die Gedanken eines „katholischen Mittelstaates“ auf. In Bayern waren es besonders die Kreise um den Bauern doktor Dr. Heim, die diesen Gedanken vertreten haben. Man träumte von einem mittel-europäischen, katholischen Staat, der das katholische Elsaß, Bayern und Süddeutschland sowie Österreich umfassen sollte. Man wollte los vom „protestantischen Preußen“. Die gesunde Idee eines deutschen Föderalismus wurde durch eine konfessionell-gefährliche, damit aber auch volkhaft naiv-kurzichtige Perspektive eine ernste Gefahr für den Bestand des gesamten Deutschen Reiches und einer notwendigen großdeutschen Volkervereinigung.

Wir wollen die Tatsachen reden lassen:  
Gleich in den ersten Revolutionstagen 1918 erhob der Kölner Zentrumsvorsitzende, Oberpfarrer Kastert, in einer großen Zentrumsversammlung die Faust gegen „Berlin“. Am 4. Dezember schrieb die „Kölnische Volkszeitung“, die in dieser Bewegung mit ihrem Redakteur Dr. Hoeber an erster Stelle stand, daß die „rheinische Republik Ausdruck des Volkswillens sei und nach Verkündigung durch maßgebende Führer verlange“. Am nächsten Tage bereits wurde in einer offiziellen Zentrumsversammlung auf Grund einer Rede Dr. Hoebers gefordert, „daß die anerkannten Vertreter des Volkswillens eine dem Deutschen Reiche angehörende selbständige Rheinisch-westfälische Republik in die Wege leiten sollten“. („Köln. Volkszeitung“, 5. Dezember 1918). In einer Abwehrversammlung teilte der Sozialdemokrat Haas mit, daß der Exminister Schorlemer-Lieser als Präsident der neuen Republik ausersuchen sein solle. Andere Kreise aber empfahlen den Kölner Oberbürgermeister Adenauer. Damals führte der Abgeordnete Sollmann aus: „Bestimmte industrielle Kreise spielen sogar mit dem Gedanken eines Anschlusses an Frankreich. Das rechtfertigt unsere von jeher aufgestellte Behauptung, daß ihr Patriotismus am Geldschrank ein Ende hat.“

Als die Vorbereitungen zur Weimarer Verfassung in die Wege geleitet wurden, forderte die „Kölnische Volkszeitung“ auf, es müsse „ein Markstein geschaffen werden“, der nicht mehr rückgängig gemacht werden könne. „Die westdeutsche Republik ist im Entstehen begriffen.“ Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ ging noch weiter. Sie forderte auf, die rheinische Republik zu gründen, bevor in Weimar die Nationalversammlung tagt und damit ein Faktum zu schaffen: „Wir hoffen, daß bis dahin der rheinisch-westfälische Freistaat unter Dach und Fach ist.“ Zentrumsabgeordneter Kuckhoff trat auf. In Weimar trat der Zentrumsabgeordnete Trimborn für die rheinische Republik ein. Die zentrierte „Rheinische Volkszeitung“ schrieb anfangs März 1919 sogar, los von Deutschland zu marschieren: „Da der Bevölkerung des Rheinlandes täglich durch die Tatsachen bewiesen wird, daß nur in den vom Verband besetzten Gebieten (also von den Kriegsgegnern besetzten! D. R. des „N. V.“) geordnete Zustände herrschen, und da der Verband das Rheinland solange besetzt halten wird, bis Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt hat, bedeutet der Ruf: „Los vom bolschewistischen Deutschland das kleinere Übel... Los von Deutschland, ehe es zu spät ist!“

Es kam die Kölner Versammlung, die den Aufruf an das rheinische Volk enthielt. Dieser Aufruf war von den führenden Zentrumspolitikern unterschrieben, von Trimborn, auch von Joos und Kaas. Am 10. März 1919 war eine Versammlung in Köln, in welcher der Redner, Prof. Stier-Somlo, mitteilte, daß in Rheinhausen ein Ausschuß gebildet worden wäre, der bereits am 7. März mit den Alliierten wegen Abhaltung einer Volksabstimmung in Verbindung getreten sei. Am 24. Mai 1919 teilte die „Rheinische Zeitung“ mit:

„Vor wenigen Tagen haben die Zentrumsabgeordneten Kastert und Kuckhoff, ferner der Redakteur der „Kölnischen Volkszeitung“ Froberger, in Begleitung je eines politischen Wirkkopfes eine hochpolitische Besprechung mit dem fran-

Es gibt keine Volksgemeinschaft, wo über 2 Millionen arbeitslos auf der Straße liegen, wo 26 Millionen Proletarier in unserm Volke ohne Eigentum sind, wo die eine Schicht des Volkes ausgebeutet und entzweit, die andre ständig bereichert wird, wo die Spargelder des Volkes verschoben werden nach oben, wo die Steuern zu über 70 Prozent auf die breiten unteren Massen abgewälzt werden, wo die einen in Palästen wohnen, in Berlin noch über 140 000 ohne eigene Wohnung sind usw. Es gibt keine Volksgemeinschaft, wo an allen Ecken und Enden, an jeder Arbeitsstätte, in jeder Schulstunde, auf allen Kathedern unseres Volkes der nackteste Klassenkampf der oberen Zehntausend tobt, wo eine dünne Herrschichte, die Besitz, Profit der Arbeit, Bildungsmonopol für sich in Anspruch nimmt, die die „Häuser der Witwen und Waisen verzehrt“, wo all das heute grausame Tatsache in unserm Volke ist. Eine Tatsache, die sich Tag für Tag noch verschärft, nicht mildert.

Wann haben jene Kreise, die von der „Volksgemeinschaft“ reden, selber für diese Volksgemeinschaft den tatsächlichen Beweis erbracht? Wo und wann haben sie die Lasten des verlorenen Krieges gemeinsam getragen? Wo und wann haben sie gleichmäßig und gerecht aufgewertet? Das Volk zu 14, 25 Prozent, die Pflanzens 100 Prozent, die Aktionäre der Aktiengesellschaften und der Großindustrie zu 1400 Prozent (wissenschaftlich im „Neuen Volk“ durch L. Wimmer nachgewiesen!). Wann haben die Marx, Emminger, Held, Brünning, Stegerwald, Dr. Wirth, Guérard, Hirtzler, und wie sie alle heißen, Oberbürgermeister, Polizei- und Regierungspräsidenten (und andere!) aus Christentum und Nächstenliebe heraus auf ihre hohen Gehälter verzichtet? Wann haben Großagrarien aus Volksgemeinschaft auf hohe Zölle, Schwerindustrie auf hohe Dividenden aus Volksgemeinschaft heraus verzichtet? Wann haben vor-

handlung erklärte General Mangin, Frankreich habe kein Interesse an einer rheinischen Republik, die deutscher Bundesstaat sei. Froberger erklärte darauf, der neue Freistaat müsse neutral sein und unter dem Schutz des Völkerbundes stehen, eine Formel, die Mangin als für „Frankreich nützlich“ bezeichnete. („Rheinische Zeitung“, 27. Mai 1919.) Bei dieser Verhandlung war Dr. Dortens als Sprecher bereits dabei.

Die Zentrumsparlei des Rheinlands, vor allem ihr Sekretariat in Koblenz, setzte sich für die Durchorganisation der „rheinischen Bewegung zur Errichtung eines Freistaates“ ein. Das Koblenzer Zentrumsblatt, das Wiesbadener Zentrumsblatt, das Aachener Zentrumsblatt u. a. setzten sich ebenfalls dafür ein. Dr. Dortens, Dr. Liebing, die sämtlichen Minister der dann neugebildeten Regierung Dr. Dortens waren Zentrumsleute und sie wurden, als bestimmte Vorgänge vorausgegangen waren, erst aus der Zentrumsparlei ausgeschlossen.

Die Trierer Zentrumsparlei setzte sich ebenfalls dafür ein. Uns liegt ein Schreiben an Dr. Dortens vom Trierer Zentrumsblatt vor, das sogar mit einem katholischen Pfarrsiegel versehen ist, in dem Dortens zugesichert wird, daß die Mehrzahl der Bevölkerung hinter ihm stünde. Auch Dr. Kaas war bei Dr. Dortens, verabredete mit ihm eine Versammlung und übergab ihm ein Verzeichnis von führenden Persönlichkeiten, die „mitmachen“, dessen Faksimile uns vorliegt. Ebenso vermittelte Dr. Kaas eine eigene Audienz Dr. Dortens beim damaligen Bischof von Trier, dem nachher verstorbenen Bischof Korum. Es war das zu einer Zeit, wo Dr. Dortens bereits mit den Franzosen in enger Verbindung stand, und wo die Stellung General Mangins bekannt war, daß Frankreich an einer rheinischen Republik als Bundesstaat Deutschlands kein Interesse habe.

Von Saarbrücken fuhr ein bekannter Geistlicher, der politisch zur Zentrumsparlei gehört, bereits nach Nancy zu den Jesuiten dort, um über die etwaige Besetzung eines Bischofsitzes in Saarbrücken die Fühler auszustrecken.

Auch nach der Erklärung der Reichsregierung, daß das Vorgehen im Rheinland als Landesverrat bezeichnet und behandelt würde, mitten in die Beratungen von Weimar hinein, schrieb noch die „Kölnische Volkszeitung“: „Unsere Stellungnahme gegenüber der von Dr. Dortens geleiteten Be-

wegung mag durch die Richtlinie gekennzeichnet sein: Getrennt marschieren, vereint schlagen.“ (17. Juli 1919.)

Die Aufrufe Dortens wurden in der Druckerei des Wiesbadener Zentrumsorgans gedruckt. Die Druckerei des Koblenzer Zentrumsorgans druckte sogar die Schrift der Besatzungsbehörde.

Als die Sache beendigt wurde, als vor allem die Arbeiterschaft des Rheinlandes aufstand und Front machte, als in Kaiserslautern eine riesige Menschenmenge dagegen protestierte, schwenkte das Zentrum um, wie der aus der Partei dann ausgetretene Abgeordnete Kuckhoff erklärte: „Man hat in einzelnen Kreisen der Zentrumsfraktion denn doch allzusehr umgeschwenkt.“ Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb am 12. Juli 1919: „Die klerikalen Kreise und die Finanzkreise, welche, vornehmlich von Köln aus, diesen Gedanken in sehr viel ernsthafterer Weise als Dortens vertreten haben, sind durch seinen Putsch vielleicht für den Augenblick etwas diskreditiert...“ Die „Kölnische Volkszeitung“ berichtete weiter über die „glänzenden Versammlungen Dr. Dortens“.

Dann kam der Umschwung. Das offizielle Zentrum rückte von denen ab, die es an diese Stellen gehetzt hatte! Bereits am 10. August traten Dr. Brauns und Stegerwald, die wohl immer sich ferne gehalten hatten, da sie mehr der gegen die Sonderbündel stehenden Arbeiterschaft nahestanden, auf und sprachen gegen Kastert und Kuckhoff.

Was sich dann später im Rheinland unter Dortens und 1923 unter Mathes' Leitung abspielte als Separatismus im Rheinland, war nur die Fortsetzung der 1918 und 1919 von dieser Zentrumsseite und von bestimmter Finanzseite aus inszenierten Bewegung. Die Bayerische Volkspartei schloß noch bei der nächsten Wahl ein Wahlbündnis mit der „Rheinischen Volksvereingung“, die aber nur einen einzigen Abgeordneten in den Reichstag brachte. Innerhalb der Bayerischen Volkspartei begann das Ringen zweier Rich-

#### AUS DEM INHALT:

Rheinlandsfeiern und Rheinlandskandale — Der neue Krieg in Vorbereitung der Militaristen aller Länder — Katastrophale Wirtschaftspolitik — Der planmäßige Betrug und Wucher am Volke — Lukangs Mukas (Fortsetzung) — Der Faschismus und die Bauernbewegung — Städte, Feste, Volk — „Das neue Volk und Rom“ — Aus der Bewegung...



## Wochenschau

Das preußische Staatsministerium hat den Staats- und Kommunalbeamten jegliche Betätigung und Mitarbeit sowie auch die Mitgliedschaft zur kommunistischen und nationalsozialistischen Arbeiterpartei verboten, da beide Parteien auf den Sturz des Staates hinarbeiten. Zuwiderhandlungen werden disziplinarisch bestraft.

Noch während der Befreiungsfeier machten sich nationale Rowdies, hauptsächlich Nationalsozialisten, daran, angeblich ehemalige Separatisten zu verfolgen. Ganze Wohnungsanordnungen dieser Leute, die oft gar nichts mit Separatismus zu tun hatten, wurden in blindem Vandalismus zerstört. In vielen Städten des Rheinlandes und der Pfalz wütete dieser Pöbel in nicht zu beschreibender Rohheit.

In der Nationalsozialistischen D.A.-Partei ist eine Spaltung vor sich gegangen. Otto Strasser hat einen neuen Laden aufgemacht unter der Firma „National-Revolutionäre Partei“. Strasser will die Sozialisten der Hitler-Partei hinter sich ziehen. Fernerhin will er ein Bündnis mit Rußland und die Vereinigung des gesamten Proletariats. In einem Aufruf wies der Hitler-Partei zum Vorwurf gemacht, daß sie stark abhängig vom Kapitalismus sei. Ob die Spaltung größere Ausmaße erleben wird, muß noch abgewartet werden.

Thüringens Innenminister, der Nationalsozialist Dr. Frick, hat sich eine neue Frechheit erlaubt, indem er an die nationalsozialistische Studentenschaft in Jena einen Brief schrieb, worin er zum Ausdruck bringt, „daß die Jugend mehr Verständnis für die Voraussetzungen zu Deutschlands Erneuerung habe als die Vertreter der zünftigen Wissenschaft“. Der Rektor der Universität hat in einem Brief an Frick gegen diese schwere Beleidigung protestiert.

Der Arbeitgeber-Verband der oberschlesischen Montan-Industrie hat beschlossen, der Gesamt-Bergeschicht zu kündigen, um „eine neue Regelung der Verdienste“ herbeizuführen. — Der Stegerwaldsche Lohnabbau für die nordwestliche Gruppe der Schwerindustrie wird nun auch in Oberschlesien durchgeführt werden.

Der badische Kultusminister Dr. Remmele hatte einige Lehrer, die sich als Organisatoren der Nationalsozialisten betätigten, sofort entlassen und gegen sie ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Der Reichsrat hat mit großer Mehrheit die Deckungsvorlage der Regierung angenommen.

Der preußische Ministerialdirektor Dr. Brecht erklärte im Reichsrat, daß nach Meinung der preußischen Regierung beim Wehretat mindestens 135 Millionen Mark eingespart werden könnten. — Eine ganz gute Meinung, aber sie wird an maßgebender Stelle keinen guten Anklang finden.

Der Reichstag hat mit 290 gegen 135 Stimmen ein Amnestiegesetz angenommen, das auch die Fememörder, soweit sie sich noch im Gefängnis befinden, auf freien Fuß setzt.

In der nordwestlichen Gruppe der Schwerindustrie sind über 20 000 Metallarbeiter in den Ausstand getreten, da sie es ablehnen, den 7½ prozentigen Lohnabbau anzuerkennen. Die Hoesler Eisenwerke, welche 1000 Arbeiter beschäftigen, haben den Lohnabbau ebenfalls mit Arbeitsminderung beantwortet.

In Bayern ist der „bayerische Heimatschutz“ aus seinem Dornröschenschlaf aufgewacht. Mitglieder dieses Vereins sind durchwegs höhere Staats- und Kommunalbeamte sowie das „bessere“ Bürgertum. Der Gau München lädt zur Gründungsversammlung ein. Die Einladung verspricht der Leiter der amtlichen bayerischen Pressestelle, Oberregierungsrat Dr. Eisele. Hierzu verwendet er die Briefbogen und Umschläge der amtlichen Pressestelle. Damit nicht genug, er frankiert die Einladung auch noch mit Dienstmarken. — Wenn schon die „bessere“ Gesellschaft in Bayern glaubt, einen Verein gründen zu müssen, so sollen sie wenigstens ihre Auslagen selber bezahlen und nicht auf Kosten der Steuerzahler. Es liegt der Verdacht nahe, daß der Oberregierungsrat seine Einladungen im Dienstzimmer während der Dienstzeit geschrieben hat oder hat schreiben lassen, ebenfalls zu Lasten der Steuerzahler.

Das Reichsgericht hat in dem Prozeß des Reiches gegen das Land Thüringen wegen des thüringischen Ermächtigungsgesetzes zu Gunsten des Reiches entschieden und das Gesetz als verfassungswidrig bezeichnet.

Ein Mißtrauensantrag gegen den Reichsaußenminister Dr. Curtius wurde mit 283 gegen 121 Stimmen abgelehnt. Ein Mißtrauensantrag gegen Arbeitsminister Stegerwald mit 209 gegen 61 Stimmen bei 133 Stimmenthaltungen der Sozialdemokraten wurde abgelehnt.

Der bayerische Haushaltsausschuß hat mit 13 gegen 12 Stimmen die heftig umstrittene Schlachtsteuer-Vorlage durch den Unfall des deutschen Volksparteilers angenommen.

In der südbulgarischen Tabakstadt Haskowo demonstrierten 2000 Tabakarbeiter gegen die unmenschlichen Rationalisierungs-Methoden der Fabrikanten. Britische Polizei überfiel die friedlichen Demonstranten und verwundete viele Arbeiter.

In den indischen Gefängnissen befinden sich zurzeit 3300 Gefangene der Ghandi-Bewegung. Pandit Nehru, der Präsident des Vollzugsausschußes des allindischen Kongresses, wurde verhaftet und zu einem halben Jahre Gefängnis verurteilt.

Der kommunistische Parteitag in Moskau endete mit einem vollen Erfolg der Stalinschen Richtung. Die Rechtsopposition unterwarf sich, bis auf Bucharin, der nicht an dem Kongreß teilnahm, vollständig dem bisherigen Parteikurs.

Die finnische Regierung legte dem Reichstag drei Gesetzentwürfe über den Schutz der Republik, die Einschränkung der Druckfreiheit und die Abänderung des Wahlgesetzes vor. Sämtliche Entwürfe richten sich gegen die kommunistische Bewegung, gegen die seit Wochen ein starker Terror ausgeübt wird. Von den 23 kommunistischen Abgeordneten waren nur 15 erschienen. Ein Teil der abwesenden Abgeordneten ist in letzter Zeit von Faschisten mit unbekanntem Ziel verschleppt worden.

Das französische Sozialversicherungsgesetz ist am 1. Juli in Kraft getreten. Über 6 800 000 Eintragungen sind im Arbeitsministerium registriert worden. Die riesigen Vorarbeiten für das Gesetz sind gütig vorantand gegangen.

Das englische Unterhaus hat mit 179 gegen 172 Stimmen den Bau eines Kanaltunnels abgelehnt.

Die finnische Regierung hat Befehl gegeben, sämtliche kommunistischen Abgeordneten zu verhaften. Tausende von faschistischen Bauern marschieren auf Helsingfors zu.

tungen: Der Richtung Dr. Heim und der Richtung, die die Politik Dr. Heims ablehnt! Dr. Held war Gegner Dr. Heims, aber nicht sättest und konsequent genug, innerhalb der Partei klare Linien herauszustellen. „Das neue Volk“, damals noch innerhalb der BVP, trat sofort gegen solche Bestrebungen auf und Vitus Heller besonders trat in Würzburg gegenüber einer Versammlung, in der Dr. Heim seine Ziele darlegte und gegen Erzberger, den „Unitaristen“, loszog, in einer zweiten Versammlung scharf gegen die Politik Dr. Heims auf, unterstützt vom Abgeordneten Gerstenberger, der in der Heimschen Politik ein Unglück des deutschen Volkes sah.

In der weiteren Entwicklung, als die Dinge sich gefestigt und geklärt hatten, bekämpfte das Zentrum all jene, die vorher in sogenanntem „Separatismus“ gemacht haben und bei der Befreiungsfeier gebärdete sich seine Presse nationalistischer als manche Zeitung der Rechten. —

Man darf gerne über jene dunkle Zeit den Mantel des Vergessens. Man gibt auch gerne zu, daß damals jene Leute bestimmt keine unlaute Motive ihres politischen Ziels gehabt haben. Das politische Denken im Zentrum, das vorwiegend konfessionell orientiert ist, konnte zu der Doktrin „katholischer Staaten“ führen, obwohl eine solche Doktrin von jedem, auch vom wirklich katholisch-kirchlichen Standpunkte aus ein Unsinn ist. Es gibt einfach keinen katholischen und keinen evangelischen Staat. Es gibt keinen christlichen und keinen heidnischen Staat! Katholiken wie Protestanten, Heiden wie Christen müssen eben an den sittlichen Aufgaben im Staate, jeder in seiner Weltanschauung, positiv mitarbeiten. Ein gesunder Staat, der Volksteile aller Bekenntnisse immer in sich vereinigt, kann nur mit der Aufrechterhaltung religiöser Aufrichtigkeit und Gewissensfreiheit, mit dem sittlichen gleichen Rechte für alle, harmonisch bestehen und seine ihm natürlich zufallende sittliche Aufgabe erfüllen.

Bestimmt hat jene Bewegung auch die falsche, zentralistische Politik von vor dem Kriege, die Übermacht Preußens, des Ostelbgeistes, des Geistes der Junker und Generäle mitverschuldet! Gewiß hat der Kulturkampf der siebziger Jahre hierbei noch seine Auswirkungen spüren lassen in führenden Kreisen der katholischen Bevölkerung. Aber man achtet nicht darauf, daß mit dem Zusammenbruch im Weltkrieg jenes alte Preußentum, das in der Welt Deutschland so verhaßt gemacht hatte, daß eine ganze Welt gegen uns aufstand, am Boden lag. Und wenn auch die Sozialdemokratie in jener Stunde gegen den Separatismus stand, die historische Stunde, jenen Grund zu solchem Separatismus durch eine wirklich großzügige Neugestaltung Deutschlands in gesundem, föderal-tischem Aufbau hat sie bis heute noch nicht begriffen! Ihr schematischer „Internationalismus“ hindert sie, zu erkennen, daß auch eine Internationale kein Einheitsbrei sein kann, wenn er bestehen und positiv wirken soll, sondern daß er staatspolitisch eine organische Gestaltung verlangt. Die Russen haben das innerstaatspolitisch besser verstanden, die keinen zentralistischen Staat, sondern eine föderative Union errichteten, in der die Wolgadeutschen genau so wie die Föderationen von Moskau oder die der Kirgisen etc. ein weites Maß eigener Selbstverwaltung erhalten haben. Insofern ist auch die SPD, nicht ganz von Schuld an jenen Vorgängen, wenn auch indirekt, freizusprechen.

Für die Zukunft aber muß etwas ganz anderes als all diese Fragen vor der Aufgabe des schaffenden deutschen Volkes stehen: Sein Staat wird nicht nur, wenn er einmal erkämpft ist, innerpolitisch und innenkulturell jene großen Güter der Gewissensfreiheit proklamieren müssen, in denen keine Unterdrückung, keine Ausnahmegesetzgebung, keine konfessionelle Bekämpfung oder Bevorrugung möglich ist, sondern auch staatspolitisch den wirklich organischen Aufbau nach den natürlichen Erfordernissen deutscher Wirklichkeit erstellen müssen. Er kann das umso leichter, als dann, nach dem Niederwerfen der heute herrschenden Herrenschiichten des Geldsacks und Besitzes die soziale Volksgemeinschaft den Klassenkampf überwunden hat und die Klassen auseinander und wirkliche Gemeinschaft lebendig sich gestalten kann.

Von der Separatistenzeit, von dem Rummel der Befreiungstage, von all diesem Schund und Scham, diesem Trügen und Schaukeln, wo nur immer ein Interesse gegen das andere steht, muß der Blick, das Hoffen und der große Kampf der Massen des schaffenden Volkes sich richten auf dieses fundamentale und menschenheitsumspannende Ziel!

Die CSRP, erhält aus solchen geschichtlichen Rückblicken

nur die Bestätigung der Festigkeit, Richtigkeit, Geradlinigkeit ihrer Politik, aber auch die Pflicht, das harte Muß der großen Verantwortung, in unserm Volke immer mehr die Fahne ihres Zieles und Kampfes zu entrollen für ein wirklich einig Volk von Brüdern, für ein wirklich neues Deutschland im Herzen Europas, für die hohen Ziele der Menschheitsbefreiung und der Schaffung eines sozialen, kulturellen und staatspolitischen Friedens!

V. H.

★

## Rheinlandfeiern und Rheinlandskandale.

Der Abzug der Franzosen vom Rheinland hat kein „würdiges“ Volk gefunden! Die amtlich befohlenen Feiern wickelten sich wie Wolle von den Haspeln ab. Es war das alles sehr schön. Aber sofort kam die Kehrseite von unten. Es gibt nichts Beschämenderes als die Vorgänge in Wiesbaden, Mainz, Kaiserslautern, nach Abzug der Truppen. Es ist wirklich tief beschämend, wenn man die Tatsache verzeichnen muß, daß in diesen Städten gewütet wurde, wie das die Bevölkerung dieser Städte selbst vom „Feinde“ in der schlimmsten Zeit niemals erlebt hatte. Möbel flogen auf die Straße, Häuser wurden gestürmt, Geschäfte demoliert. In den Wiesbadener Zeitungen erscheinen ganze Seiten von „Erklärungen“ Wiesbadener Firmen, die darlegen, daß sie nichts mit den Separatisten zu tun gehabt haben. Was sich dort ausobte, war kein „Deutschtum“, sondern nationalistisch verhetzter Pöbel. Und dieser Pöbel hat dem Deutschtum mehr geschadet als die ganze Besatzungszeit! Das Bedauerliche dabei ist aber, daß es sich höchstwahrscheinlich um von bestimmter Seite bestellte Arbeit handelte, sonst hätten die Radaussetzen nicht so planmäßig sich entwickeln können.

Wir stehen bestimmt nicht im Rufe, mit den Separatisten gellebügelt zu haben. Aber was gegen Menschen gemacht wurde, die damals für ein „autonomes Rheinland“ eintraten, ist aus allen Gründen tief zu verwerfen. Dem Vaterlande hat man damit nur geschadet, denn der französische Nationalismus hat damit neues Wasser auf seine Mühlen bekommen.

Zudem muß einmal ganz klar herausgestellt werden: Die Geschäftsleute etc., die damals bei den Separatisten mitmachten, selbst Unterführer derselben waren, waren doch nicht die eigentlichen Kräfte der Separation! Sie waren ja nur die von hinter den Kulissen stehenden mächtigeren Drahtziehern Vorgesprochenen, vor allem die Opfer der damaligen Zentrumspolitik im Rheinland. Ein ehemaliger Separatistenführer bezeugt: „Ich habe mich doch nur zur Verfügung gestellt, weil ich als Zentrumsmann von Zentrumsführern und der Zentrumspresse dazu ermuntert und direkt aufgefordert wurde.“ Sie sind die Opfer der damaligen Zentrumspolitik gewesen und sollen nun heute wieder die Opfer sein? Sie waren die Naiven. Die Raffinierten aber sind weit vom Schuß, sitzen in zum Teil leitenden Stellungen und fühlen nicht einmal, wie es scheint, die Verantwortung, heute jene in Schutz zu nehmen, die sie damals in diese Front gehetzt haben!

Wirklich, ein schreulicheres Bild hätte ein Volk nicht der Welt geben können, als in der Stunde, wie ihr Land frei wurde von einer fremden Invasion, solche Selbstbefleckung zu begehen. Es scheint auch, daß Polizei und Behörde versagt hat gegenüber diesem Pöbel. So berichtet uns ein Freund aus Wiesbaden:

„Tatsache ist, daß die Schutzmannschaft an allen wichtigen Verkehrsstellen heute (4. Juli) nacht zurückgezogen war und nirgends ein Posten stand. Tatsache ist, daß die Schupo stets nachgefahren und den Tatort besichtigt hat, nachdem alles demoliert war. Tatsache ist, daß ein derartiger Radauszug von der Polizei ganz unbehelligt belassen wurde. Tatsache ist, daß heute früh bei einem Skandal bei einem Obstgeschäft die Polizei zweimal telefonisch benachrichtigt wurde und nicht erschien. Wäre man bemüht gewesen, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, so wäre das ohne Zweifel gelungen.“

Ein trauriges Bild! Solange unser deutsches Volk nicht selbst zu wirklicher Würde, d. h. zu ernster Selbstbesinnung kommt, solange es der Welt und sich selbst immer solche pöbelhafte Schauspiele bietet, kann es nicht erwarten, daß sowohl im Innern, als in der Achtung des Auslandes sich irgendetwas bessern könnte! Solange wir selber nicht geistig-sittlich uns umstellen, solange unser Volk sich nicht von seinen eigenen Schlacken befreit, hat es keine Befreiung!

## Der neue Krieg in Vorbereitung der Militaristen aller Länder.

Militärischen Vorbereitungen: Belgien: Ausgelehnte Manövers des 2. Armeekorps fanden in S.O. Limburg statt. England wird demnächst einen Kreuzer und 2 Torpedobootjäger bauen; erwägt den Bau eines Flotten-Begleiters und 2 anderer Torpedobootjäger, ferner den Bau von 4 neuen U-Booten. Die Pollastruppen Palästinas werden um 400 Mann ausgedehnt. Finnland ließ ein Unterseeboot vom Stapel, hat aber noch drei auf der Reede liegen, sowie auch 2 Panzerboote. Außerdem wird Finnland von England ein Schulschiff kaufen. Frankreich verwendete 27 % des Budgets für Kriegszwecke oder 34 Gulden pro Kopf der Bevölkerung. Die Friedenszahl der Armee war 1 000 000 Mann, die Kriegszahl 2 650 000 Mann. Italien: Unter den Legionen der faschistischen Militz sollen sobald wie möglich 1250 Maschinengewehre verteilt werden. Japan: Die Admiralität fordert 150 Millionen Yen für die Ausdehnung der Luftflotte. Polen verwendete 28,3 % des Budgets für Kriegszwecke. Rumänien: Der neue König, Carol II. erklärte unmittelbar nach Besteigung des Thrones, daß er die Armee nach den neuesten Anforderungen ausstatten wird, Spanien: Militärische Flieger versuchen, den Flugrekord mit einer Ladung von 500 kg (selbstverständlich im Hinblick auf Giftgasbomben) zu verbessern. Vereinigte Staaten: Der Senat bewilligte 300 000 000 Dollar für die Marine. Im vergangenen Jahre sind 57 Untersee-

boote und Minenleger erneuert worden; jetzt sollen 23 alte und veraltete Kreuzer ersetzt werden. In letzter Zeit wurden in Bessarabien 15 neue Spionagedienste entdeckt.

Militärzusammenstöße: Große Kriegsoperationen in China. Aufstände in Brasilien, dabei mehr als 100 Tote. Auf Cuba haben Truppen in einer Versammlung von Gegnern des Machado eingegriffen: 4 Tote, 20 Schwerverletzte. Bei einer Demonstration von 2000 Ananien zu Puhalm wurden 2 Demonstranten getötet und 17 verwundet. Während Demonstrationen gegen Steuererhebung in Cochinchina wurden 3 Eingeborene getötet und 2 verwundet. In Indien tritt die sozialistische Regierung im Interesse des britischen Imperialismus, immer gewalttätiger auf und forciert in den Seldten immer blutigere Zusammenstöße. Grenzstämme werden aus Flugzeugen bombardiert, auf demonstrierende Massen wird fortwährend geschossen. Schon sind viele hundert Tote gefallen, Tausende wurden verwundet, Tausende verhaftet, von denen auf einmal 450 in den Hungerstreik traten. Außer einer Anzahl Todesstrafen wurden Gefängnisstrafen von 6, 7, 10 und 15 Jahren verhängt. Aber die Bewegung der run' 200 000 000 in bitterer Not lebenden indischen Bauern, die sich ihrer ökonomischen Macht bewußt geworden sind, die die Kampfmethoden der direkten Aktion in Anwendung bringen, (u. z. in Form der Steuerverweigerung) und die Stellung nehmen



gegen die Versuche, aus ihrem Widerstand eine politisch-nationale Bewegung zu machen, ist nicht abzuwenden, auch nicht mit Militärgewalt. Fälle kollektiver Dienstverweigerung wiederholen sich beständig.

Militärunfälle: Explosion in einer Dynamitfabrik in Belgien: 2 Tote. Explosion auf einem Militär-Übungsfeld bei Prag: 2 Tote, 3 Schwerverletzte. Dynamit-Explosion in Virginia: 6 Tote. Flugzeugunfälle: 3 in Frankreich (4 Tote, 1 Schwerverletzter), in Spanien (1 Toter), in Chile (4 Mädchen getötet, 6 Schwerverwundete), in Tschchoslowakei (2 Tote, 1 Schwerverletzter), in Italien (1 Toter), Polen (1 Toter) und in England (1 Toter).

Arbeiter und Militarismus: In Norwegen patrouilliert die Polizei mit Autos, um während des Streiks der Holzflößer, die ebenfalls Autos in ihrem Besitz haben, die Streikbrecher zu schützen. In Mexiko sind streikende Bergarbeiter aus ihren Wohnungen gesetzt, die der Unternehmung gehörten. Hierbei wurden 8 Menschen getötet. Abgeordnete der amerikanischen Gewerkschaften haben an Hoover ein Gesuch gerichtet, mit der Modernisierung der amerikanischen Linienschiffe alsbald einen Anfang zu machen, um die Arbeitslosigkeit zu mindern! In den Vereinigten Staaten sind 21 % der organisierten Arbeiter ohne Beschäftigung.

„Die blutige Internationale.“ Aus Erklärungen der englischen Regierung im Unterhaus am 28. Mai 1930 geht Folgendes hervor:

Eine private englische Firma liefert mit Zustimmung der Regierung Tanks an Rußland.

Englische Kaufleute schmuggeln Gewehre und Munition nach Indien im Interesse der Aufständigen.

Die japanische Regierung sandte Militär-Instrukteure für die Militärschule in Nanking, beschloß aber jetzt, im Verband mit der neuen Ausdehnung des Bürgerkriegs in China damit aufzuhören.

Finnland statet Unterseeboote mit Stockholmer Atlas-Dieselmotoren aus. (Pressedienst IAK.)

Ein Amerikaner über Deutschland. Nach einer Meldung aus New York hat der nach längerer Reise in Europa wieder in seine Heimat zurückgekehrte Verleger Livright

bei seiner Ankunft über seine Eindrücke in Europa Folgendes erklärt:

„Europa rüstet sich auf einen neuen Krieg. Überall wohin ich kam, hatte man das Empfinden, daß ein weiterer Krieg unvermeidlich sei. Überall seien die Kriegsgreuel fast vergessen und eine Generation herangewachsen, die sich einem schrankenlosen und gefährlichen Nationalismus hingibt. Frankreich sei mit garniemand gut und unsinnig böse mit den Vereinigten Staaten. Deutschland habe kein Heer, aber an Ertüchtigungsvereinen, die die Kasernen ersetzen, herrsche ein großer Überfluß. (Stahlhelm, Wehrwolf, militaristische Jugendorganisationen usw.) Die Staatsmänner führen den Frieden im Munde aber ihre Herzen schwimmen in nationalistischen Fahrwasser.“

Diese Registrierung, die beliebig fortgesetzt werden kann, muß auch dem letzten Volksgenossen die Augen öffnen über die Internationale des Militarismus. Fieberhaft rüstet der Kapitalismus aller Länder zu neuen Kriegen. Und wo bleibt dem gegenüber die Rüstung und die Aktion der Friedensinternationalen? Was hat diesen Tatsachen gegenüber noch das bürgerliche und parlamentarische Friedensgespräch zu sagen? Zu deutlich wird in diesem Zusammenhang, daß alle Friedensreden und Friedenskongresse höchstens dazu ansetzen sind die Völker einzulullen. Wer wundert sich, daß auch Deutschland Panzerkreuzer baut und einen Wehretat von bekannten Ausmaßen und Verhältnissen hat. Muß nicht im System dieses kapitalistischen Staates der „Volksvertreter“, der seine Krippe behalten will, ein Freund des Militarismus sein?

Und es bleibt nur noch eine Frage: Wann ist das schaffende friedenswollende Volk, wann ist die Arbeiterschaft, gegen die sich in erster Linie alle Auswirkungen eines neuen Krieges, ganz gleich ob es ein Kolonialkrieg oder ein Putschkrieg ist, fähig, mit diesem ganzen System und seinem Lakaienrum, der ganzen bürgerlichen Scheinordnung aufzuräumen? Wann sind wir fähig, als Antwort auf Kapitalismus und Militarismus die Ordnung des Sozialismus und die Herrschaft der Schaffenden in Stadt und Land zu setzen? Es wird noch ein weiter Weg dahin sein, aber laßt uns wenigstens auf dem Wege sein.

So endet die neudeutsche Wirtschaftspolitik mit Hilfe der politischen Vertreter des deutschen Volkes in einer Sackgasse, aus der der Ausweg einatweilen nicht gefunden ist. Er wird gefunden werden, wenn die kapitalistischen Kräfte ihre Forderungen durchgesetzt haben, die Löhne abgebaut sind, die Rechte der Schaffenden beschnitten und der Herr-in-Hause-Standpunkt wieder zur Geltung gebracht wird. Wenn der Reichstag ihre Steuerforderungen und ungeheure Belastung des schaffenden Volkes geschluckt hat (und er wird sie schlucken, selbst wenn noch in halbes Dutzend Panzerkreuzer hinzukämen). Was soll es dem Kapitalismus, wenn dabei Tausende als Leichen auf dem Schlachtfelde der Wirtschaft bleiben, zigtausend Selbstmorde den Weg dieser Wirtschaftspolitik bezeichnen. „Die Leichen fort, ein neues Spiel!“ Dieser Cäsarenruf aus der römischen Arena wird dann zum Lösungswort der modernen Wirtschaftscasaren, wenn es gilt, auf dem Rücken eines zertretenen und ausgeplünderten Volkes einen erneuten Raubzug zu machen bis zu der Grenze, wo der Profit und die Dividende wieder in Gefahr geraten.

Wie lange will das schaffende Volk dieses Wechselspiel des Kapitalismus ertragen, will es sich schleudern lassen zwischen Inflation und Deflation, zwischen Vermögens- und Spargeldraub in der Inflation und Massenarbeitslosigkeit, Hunger und Elend in der Deflation, zwischen Steigerung der Lebenshaltung durch Zoll- und Steuerwucher und Lohn- und Gehaltsherabsetzung, wie lange will es das Ausbeutungsobjekt des Kapitalismus bleiben, der an ihm täglich die himmelschreiende Sünde der Vorenthaltung des gerechten Arbeitslohnes begeht. Und wie lange will es sich gegeneinanderhetzen lassen von Politikern und Parteien, die entweder voll und ganz zu Soldknechten des Kapitalismus geworden sind, weil sie auf dem Boden desselben als Wirtschaftsordnung stehen, oder aber so verbönet und verbürokratisiert sind, daß sie die Entwicklung des modernen Kapitalismus und die Ursachen der Ausbeutung nicht mehr sehen wollen, von überholten Programmen nicht ablassen wollen, neue Wege der Wirtschaftspolitik ablehnen. Mit dem Kapitalismus gibt es kein Kompromiß. Das hat auch die SPD, in den letzten Jahren hinreichend erfahren müssen. Die Befreiung des Volkes aus den Klauen des Kapitalismus kann nur durch dessen Sturz herbeigeführt werden. Aller politischer Kampf, der nicht die wirtschaftliche Befreiung zum Endziel hat, ist ein Irrweg. Die wirtschaftlichen Interessen des schaffenden Volkes sind dieselben. Es muß lernen, unter Wahrung gegenseitiger kultureller und religiöser Toleranz sich zusammenzufinden zum Sturz dieses Kapitalismus und seiner Helfershelfer im politischen Gewande, damit uns in Zukunft Katastrophen wie die jetzige erspart bleiben. v.d.t.

### Fluch und Kampf dem Kolonialimperialismus.

Nachstehend eine Notiz, wie sie von der bürgerlichen und kapitalistischen Presse gedankenlos abgedruckt und von noch gedankenlosen Lesern urteilslos hingenommen wird:

Acht Negerknochen in der südwestafrikanischen Wüste gefunden. Aus Ludertruch (Südwestafrika) wird berichtet: Ein Polizeiwachmeister entdeckte auf seinem Dienstweg in der Wüste, 24 Kilometer nördlich vom Oranjefluß, acht menschliche Skelette. Aus den bei ihnen aufgefundenen Erkennungszeichen geht hervor, daß es sich um die Überreste von Negern handelt, die in den Consolidated Diamond Mines beschäftigt gewesen waren. Im Frühjahr 1925 waren 167 eingeborene Bergleute dieser Grube desertiert. 88 von ihnen wurden, nachdem sie weite Strecken durch unfruchtbare und wasserlose Wüsten gewandert waren, wieder verhaftet. Von den übrigen 65 Arbeitern war keine Spur mehr entdeckt worden. Die aufgefundenen Skelette dürften die Überreste einer Gruppe dieser Entwichenen sein.

Was bedeutet das? Das Schicksal von 167 schwarzen Menschen, die mitleidlos von der weißen Rasse als Sklaven gehalten und ausgebeutet werden. Der Kapitalismus, diese „gottgewollte Ordnung“, nimmt nicht nur den Kolonialvölkern ihr Land und ihren natürlichen Reichtum, er nimmt auch noch Leben und Freiheit. Und dann wird in deutschen Schulen von der „Elite“ des deutschen Volkes wieder davon gepredigt, daß wir Kolonien haben müssen. Dann versucht man eine deutsche Jugend wieder mit einem Nationalismus und mit einer „Ostafrikaromanik“, die aller Kultur ins Gesicht schlägt. Allen diesen Paakern und den gedankenlosen Phrasendreschern wünscht man zur lebenslänglichen „Kolonialzucht“, wie sie es heute den fremden Völkern bringen wollen. Die ganze kommende Menschheitsgeschichte wird, auch wenn sie Generationen von Liebe und Freiheit für alle Kresturen der Erde bringt nicht imstande sein, das Schandmal aller schon geschehen und noch immer wieder getanen Kolonialgreuel auszulöschen.

### Was tut die Reichsregierung dagegen?

Zur Kapitalflucht schreiben die „Hamburger Nachrichten“: „Statt 10 Milliarden deutschen Kapitals, das zu 3, höchstens 4 Prozent ins Ausland angelegt ist, müssen 10 Milliarden ausländisches Kapital nach Deutschland herangezogen werden, die sich zu 6 bis 9 Prozent verzinsen. Die deutsche Volkswirtschaft zahlt also jährlich eine Zinsdifferenz von 4 bis 5 Prozent auf 10 Milliarden an das Ausland, das sind 400 bis 500 Millionen Mark.“

Der Kapitalismus hat immer verstanden, sein „Gut und Leben und seine Religion“, den Geldsack, in Sicherheit zu bringen. Es war während des letzten Kriegs so, daß die blutige Internationale bestand und es wird in einem neuen Kriegs nicht anders sein. Und was ist der Unterschied zwischen dem Tun des Kapitalisten und dem des Proleten? Der Kapitalist trägt das Volkvermögen ins Ausland. Das Volk selbst aber, der einfache Mann des Volkes trägt im Interesse des Kapitalisten von Zeit zu Zeit in neuen „Stahlbildern“ sein Leben und Blut in das Land des ebenso ausgebeuteten Brudervolkes. Die Geldmagnaten aller Länder sind sich immer einig. Wann werden die Völker aller Länder einig, wann weicht das deutsche Volk auf?

## Katastrophale Wirtschaftspolitik.

### Wirtschaftskrise und Finanznot.

(2. Fortsetzung und Schluß.)

In konsequenter Durchführung des Grundsatzes, alles zu tun, um die Kapitalflucht zu unterbinden, wird nunmehr auch der Steuerabzug vom Kapitalertrag mit Wirkung ab 1. 1. 31 aufgehoben. Damit fällt eine Steuer, die eine reine Besitzsteuer darstellt. Sie fällt, um den Kapitalisten das Leben in Deutschland wieder erträglich zu gestalten, sie zu bewegen, ihr ins Ausland geschlepptes Geld wieder hereinzubringen, damit es sich der Wirtschaft wieder zur Verfügung stellt. Will man nicht an den Kapitalismus heran, will man seine Giftlähme nicht vernichten durch eine entsprechende Geld- und Währungsreform, dann muß man sich eben dem ehernen Rentabilitätsgesetz des Kapitalismus beugen: Der Zins und die Rente müssen leben, und wenn das Volk hungern und sterben muß!

Und nun der Preisabbau! Wir stellen zunächst fest, daß Regierung und Reichstag in den letzten Monaten eine Zollpolitik getrieben haben, wie nie zuvor. Die Schutzzölle hat man in ungeahntem Maße erhöht, um die deutsche Landwirtschaft vor der Auslandskonkurrenz zu schützen. Man will durch die höheren Zölle auf ausländische landwirtschaftliche Produkte, insbesondere Getreide und Fleisch, der deutschen Landwirtschaft ermöglichen, für ihre Waren im Inlande höhere Preise zu erzielen, damit sie aus der Schuldenwirtschaft herauskomme und ihr Einkommen sich erhöhe. Wir brauchen in diesem Aufsatz nicht darauf hinzuweisen, wer der Nutznießer der Schutzzölle ist: die Großagrarien, die ja auch immer danach schreien. Uns interessieren hier nur die Folgen für die Lebenshaltung des schaffenden Volkes, nämlich Erhöhung seiner Lebenshaltungskosten durch Steigen der Lebensmittelpreise und Wegfall billigerer Auslandsprodukte. So hört beispielsweise ab 1. 7. ds. Js. die Gefrierfleischzufuhr vollkommen auf. An seiner Stelle soll sich das schaffende Volk mit minderwertigen dänischem Magerfleisch begnügen. Ist es nicht ein volkswirtschaftlicher Unsinn ohnegleichen, im Augenblick steigender Preise von Preisabbau zu sprechen? Wenn sich die Preissteigerung heute nicht so auswirkt, wie man es vielleicht von großagrarischer Seite erträumt hatte, so einfach aus dem Grunde, weil die Preise an der Kaufkraft der Massen eine Grenze finden, über die sie nicht hinauskönnen. Das ist aber immer dann der Fall, wenn wie jetzt Millionen Menschen arbeitslos sind, ihrer Kaufkraft beraubt sind. Das mußten unsere verantwortlichen Politiker wissen. Unter solchen Umständen aber war ihre Zollpolitik ein Schlag ins Wasser, eine Provokation der Massen und des Auslandes.

Eine Wirtschaft mit drei Millionen Arbeitslosen braucht kein Geschrei nach Preisabbau, das sie noch mehr lähmt, noch mehr Arbeitslose schafft. Zudem handelt es sich in Wirklichkeit garnicht um einen generellen Preisabbau. Ich verstehe unsere Gewerkschaften einfach nicht, wie sie sich von der Industrie so düpiieren lassen konnten! Die nackte Tatsache ist doch die, daß es sich bei der ganzen Aktion um eine Eisenpreissenkung handelt. Dann soll man das Kind bei seinem richtigen Namen nennen. Tatsächlich ist doch, daß die Weltmarktpreise der Eisenindustrie gesunken sind und daß die deutsche Eisenindustrie sich anpassen muß. Aber die Industrie will diese Preisermäßigung nicht auf eigene Kosten durchführen, sondern auf Kosten der Arbeiterschaft. Das kann sie immer in dem Augenblick, wo Millionen von Menschen auf der Straße liegen. Der Kampf geht bei solchen Situationen im Kapitalismus immer darum, wer soll die Kosten der Senkung tragen, die Rente, der Zins oder aber der Arbeitslohn! Eisernes Gesetz des Kapitalismus ist es aber, daß er über eine Produktionseinschränkung vor-

nimmt, eine Wirtschaftskrise herbeiführt und dadurch Millionen arbeitslos macht, als die Rente in Gefahr kommen läßt. Wären in diesem Augenblick keine Arbeitslosen vorhanden, herrschte im Gegenteil Nachfrage nach Arbeitskräften, brauchte sich die Arbeiterschaft keinerlei Lohnabzug gefallen lassen, die Preissenkung müßte auf Kosten der Dividende gehen. So aber, wo in jedem Beruf Tausende anderer Menschen in die Arbeitsstellen hineindrängen, die es auch für etwas weniger Lohn tun, muß die schaffende Menschheit die Kosten tragen.

Unsinnig ist es aber, zu glauben, daß diese Eisenpreissenkung eine Senkung der Lebenshaltung des schaffenden Menschen mit sich bringen muß. Einmal ist die Senkung der Eisenpreise um 2 bis 4 Mark pro Tonne so minimal, daß sie sich in der Bratpfanne, die unsere Hausfrau kauft, kaum auswirken würde, dann aber lechzt der Handel unter der Massenarmut und Steuerlast derartig nach einer größeren Verdienstspanne, daß alle Ermäßigungen der Urproduktion einsteilen in ihm stecken bleiben. Erreicht hat man nur einen Abbau der Löhne, weitere Verschlimmerung der Wirtschaftskrise, weiteres Absinken der Steuereinnahmen und damit vermehrte Verschuldung des Reiches und der Kommunen. Die Begleiterscheinungen dieser Ergebnisse sind Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut, weitere Proletarisierung des Mittelstands durch Anschwellen der Konkurswelle und damit Vernichtung tausender Existenzen.

Um das alles denen, die es nicht einsehen wollen, nochmals deutlich zu illustrieren, ist es notwendig, die wirtschaftlichen Vorgänge noch einmal zu beobachten, die unweigerlich eintreten, wenn die Parole Preisabbau erscheint. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein weitsichtiger Kaufmann irgendwelche Aufträge an eine Fabrik gibt, sobald es heißt, die Preise sollen sinken. Kein Mensch kauft sich einen Anzug oder ein Paar Schuhe, wenn er sie nicht unbedingt braucht, wenn es heißt, die Preise sollen sinken. Die Folgen sind: Der Kaufmann hockt auf seinen Waren, er muß aber leben und Steuern zahlen. Seine Wechsel werden fällig, er muß unter allen Umständen verkaufen. Um sich vor dem Konkurs zu retten, verkauft er billiger. Jetzt glaubt man an den Preisabbau. Und man kauft erst recht nicht, um ein weiteres Sinken der Preise abzuwarten. Bis der Kaufmann in Konkurs geht. Der Fabrikant erhält weniger oder gar keine Aufträge. Er muß den Betrieb einschränken. Arbeiter und Angestellte entlassen, oder er wird (siehe Eisenindustrie) die Gelegenheit wahrnehmen, die Löhne und Gehälter abzubauen. Jetzt hat der schaffende Mensch Gelegenheit, entweder als Arbeitsloser sich seinen billiger gewordenen Anzug im Schaufenster anzusehen, ohne ihn kaufen zu können, oder aber den Preissturz mit Lohn- und Gehaltssturz ausgeglichen zu sehen. Inzwischen belasten Millionen von Arbeitslosen die öffentlichen Etats des Reiches und vor allem der Kreise und Kommunen bis zum Zusammenbruch, liegen ganze Gewerbe beinahe still (siehe Baumarkt), kommen die Steuern nicht herein, droht der Zusammenbruch.

Jetzt sehen unsere „klugen“ Politiker auf einmal, daß, wenn es so weiter geht, wir im Herbst 5 bis 6 Millionen Arbeitslose haben, alle beschlossenen Steuern schon wieder über den Haufen geworfen sind und ihre so guten Maßnahmen gerade das Gegenteil von dem ergeben, was man beabsichtigt hat. Ob man daraus lernen wird? Ob insbesondere unsere politischen und wirtschaftlichen Führer des Volkes zu anderen wirtschaftspolitischen Erkenntnissen kommen werden, als sie ihnen aus der kapitalistischen Schule mit auf den Weg gegeben wurden? Nach dem Erleben der letzten Jahre ist dazu leider wenig Hoffnung vorhanden.



# Der planmäßige Betrug und Wucher am Volke.

Gesellschaften lassen sich den Vorwurf des Betruges gefallen — Was dein ist, ist mein . . . und was mein ist, geht dich nichts an! — Die großen Betrüger und Wucherer gesetzlich geschützt und straffrei — Die Betrogenen und Bewucherten gesetzlich schutzlos — Parteilührer als Nehler beim großen Betrug und Wucher — Das Volk wird angelogen — Hinein mit der Wahrheit ins Volk!

Uns wirft man immer vor, wir seien Feinde des christlichen Eigentumsrechtes. Nun brachten wir in letzter Zeit Abhandlungen, Artikel aus anderen Zeitschriften, aus dem „Bayerischen Vaterland“ usw., um an Hand von praktischen Beispielen zu zeigen, wie es heute getrieben wird mit dem Eigentum. Die besagten Artikel sind in den erwähnten Zeitschriften schon vor Monaten erschienen; es wäre also reichlich Zeit gewesen, die darin enthaltenen, mit Zahlen belegten Angaben zu widerlegen, die Verfasser und Redakteure vor Gericht zu ziehen, um ihnen dort ihre Unwahrhaftigkeit nachzuweisen, wenn man sie ihnen eben hätte nachweisen können. Der erste Eindruck beim Lesen dieser Artikel ist ja auch der, daß sich jeder sagt, das ist doch nicht möglich, das kann doch nicht geschehen. Nun werden wir auf das „Dienstboten-Blatt“ (München) Nr. 14 v. 15. 7. 29 aufmerksam gemacht, in dem 2 Artikel zu dem Gegenstande enthalten sind und die wir, wegen ihrer Klarheit und der grundsätzlichen Bedeutung, unseren Lesern vollinhaltlich zur Kenntnis bringen, um ihnen zu zeigen, wie die Dinge tatsächlich sind. Die Artikel lauten:

### Was Dein, ist mein . . .

In seinem Artikel „Bauernstand in Not! Volk in Not!“ im Dienstboten-Blatt Nr. 4 vom 15. 2. 29 brachte Herr Wimmer eine Reihe von Beispielen und Zahlen darüber, daß die sogenannte Inflation mit der sogenannten Aufwertungsregelung ein großer Betrug an den Sparenden war, der sich zu Gunsten einiger weniger auswirkte, die eine ungemein hohe Aufwertung erhielten. Die Behauptungen Wimmers schienen vielen Lesern unmöglich zu sein. Deshalb warteten viele auf eine Berichtigung durch die dort genannten Gesellschaften oder gar auf eine Klage gegen Wimmer wegen Beleidigung durch die dort angegriffenen Gesellschaften. Aber nichts rührte sich. Keine Gesellschaft berichtigte oder klagte.

Der Dienstbotenverein hat nun zweifellos ein Interesse daran, daß im Dienstboten-Blatt keine falschen und unbewiesenen Behauptungen aufgestellt und verbreitet werden. Die von Wimmer aufgestellten und mit Zahlen belegten Behauptungen sind so ungeheuerlich, daß sie unglaubwürdig erscheinen. Er muß geklärt werden, ob Wimmers Behauptungen auf Wahrheit beruhen oder nicht. Deshalb wurde von mir an die angeführten Gesellschaften im April—Mal folgender Brief gerichtet:

„P. P. Im „Dienstboten-Blatt“ Nr. 4 1929 hat Herr Ludwig Wimmer im Aufsatz „Bauernstand in Not! Volk in Not!“ die Behauptung aufgestellt, daß in Eurer Gesellschaft die Aufwertung in einer Weise durchgeführt wurde, die jeder Gerechtigkeit und Recht zum Hohne ist, wie ich aus den dort angegebenen Zahlen entnehme. Schon seit einiger Zeit warte ich, daß im Dienstbotenblatt die Angelegenheit richtig gestellt würde. Ich kann ja fast nicht glauben, daß so etwas heute im Zeitalter der Menschlichkeit und Humanität, trotz allem, was wir schon erleben mußten, noch möglich ist. Wenn eine Berichtigung im „Dienstbotenblatt“ nicht erscheint, steht für mich fest, daß Ihr wirklich diesen Erbbetrug gemacht und eine Betrugsgesellschaft seid.“

Kaiser Rudolf von Habsburg, der bekannte Herrscher des heiligen römischen Reiches deutscher Nation, hat die Raubritter hängen und ihre Burgen durch Feuer zerstören lassen, zur gerechten Strafe für ihre himmelschreiende Ungerechtigkeit. Was würde Euch treffen?

Möge unser Herrgott uns einen „Rudolf von Habsburg“

schlecken, wenn die Behauptungen Wimmers wahr sind. Ich würde sogleich zu ihm halten. Hochachtung . . .“

Die angegriffenen Gesellschaften sollten durch dieses Anschreiben nochmals an ihre Pflicht, allenfallsige unwahre Behauptungen richtig zu stellen, erinnert werden, oder auch an eine Klage, wenn Unwahrheiten verbreitet werden. Ehrliche Menschen kann man sich nämlich nicht vorstellen, die sich den Vorwurf der nach (natur-) rechtlicher und sittlicher Beurteilung betrügerischen Ab- und Aufwertung so ohne weiteres gefallen lassen. Deshalb wäre eine Klage zu erwarten gewesen und hätte Wimmer auch nicht geschadet, wenn er unwahre Behauptungen aufgestellt hätte. Auf die Anschreiben an die 14 Gesellschaften kamen 8 Antworten. Die übrigen schweigen sich aus. Auch von einer Klage gegen Wimmer konnte man bisher nichts hören. Schon das gibt zu denken. Aber auch in den eingegangenen Antworten werden die Behauptungen Wimmers gar nicht zu bestreiten versucht oder widerlegt. In den Antworten wird zum Teil getagt, als wenn den Gesellschaften bzw. Firmen des „Dienstbotenblatt“ nicht zugegangen wäre. Soweit aber die Antworten auf die Behauptungen Wimmers selbst eingehen, sind in keiner Antwort die Behauptungen Wimmers widerlegt oder bestritten worden. Die Eisenwerkgesellschaft Maximilianshütte spielt den Beleidigten wegen meines Briefes, versucht aber gar nicht Wimmers Zahlenangaben zu widerlegen. Das Oberlandwerk Oberfranken sagt, „daß wir die Aufwertung unserer Obligationen gesetzmäßig vorgenommen haben.“ Die Bayerische Hypothek- und Wechselbank antwortete gleich mit einem 6 Seiten langen Brief, in dem von allen möglichen Dingen geredet wird, aber am allerwenigsten von dem, um was es sich eigentlich dreht, nämlich um die Behauptungen Wimmers, der betrügerischen Auf- und Abwertung zu Ungunsten der kleinen Sparer und zu Gunsten derer, die es verstanden, sich zu den wenigen Bevorzugten zu stellen. Die Bayerische Hypothek- und Wechselbank schildert hauptsächlich die Schwierigkeiten des Bankgewerbes und redet sich im übrigen darauf hinaus, daß alles, was bei der Aufwertung zu geschehen hatte, allein das Reichsgesetz regelte. Auch die Gesellschaft für christliche Kunst G. m. b. H. sagt, daß die Durchführung der Umstellung der Geschäftsanteile vor fünf Jahren ganz genau nach den gesetzlichen Bestimmungen vorgenommen worden ist, wie ausführliche Rechtsgutachten dargelegt haben. Den durch die Umstellung benachteiligten Gesellschaftern wurde aber ein voller Ersatz von 100 Prozent als Ausgleich angeboten. Das Bayernwerk, Mittlere Isar- und Walchenseewerk antworteten in einem Brief, daß die Aufwertung ihrer Papiermarkenleihen unter peinlichster genauer Beachtung der Bestimmungen des Aufwertungsgesetzes vorgenommen wurde. Die Süddeutsche Zucker A.-G. tut, als wenn sie von dem Artikel nichts wüßte.

Alles in allem kann aus diesen Antworten festgestellt werden, daß Wimmers Behauptungen nicht widerlegt werden können, also wahr sind. Es steht somit fest, daß tatsächlich ein ungeheurer Volksbetrug vorgenommen wurde und wird, dem auch die Dienstboten-Bauerskinder zum Opfer gefallen sind. Auch andere Zeitschriften befassen sich mit dieser Tatsache. Es sei nur auf „Schönere Zukunft“ und „Neue Ordnung“ hingewiesen. Aber niemand will die Verantwortung für diesen Volksbetrug tragen. Das sieht man aus den Antworten. Meistens wird ein rührseliges Bedauern mit den Opfern der Inflation ausgesprochen und dabei getagt, als wenn nur das Gesetz schuld daran sei, daß keine andere Aufwertung erfolgte, als die von Wimmer gezeigte, betrügerische Ab- und Aufwertung. Alle Gesellschaften reden sich auf die Gesetze hinaus.

Ob es Wahrheit ist, was die Gesellschaften damit behaupten, das festzustellen, müssen wir Wimmer überlassen, der wohl auch Kenner der Gesetze ist.

Dann wäre es noch wichtig zu klären, warum die Gesetze so gemacht wurden, daß die Wirkung derselben betrügerisch ist.

Josef Lünghamer.

### . . . und was mein ist, geht dich nichts an.

Es ist zu begrüßen, daß sich Herr Gaußmann Lünghamer um die Klärung der Dinge kümmert. Würden das mehr tun, dann könnten sich die Gesellschaften nicht immer in das Schweigen hüllen, das ihnen am geeignetsten erscheint, ihre, bei sittlicher Beurteilung betrügerischen Handlungen zu decken. Dem alten Rotschild wird nachgesagt, daß er einmal die Ausrufung tat: „Mei Geld ist mei Ehr und wer mir mei Geld nimmt, nimmt mir mei Ehr.“ Das ist nämlich auch ein Grundsatz, der jedenfalls für den Geldbeutel von Vorteil ist. Und die Wissenschaften, die der Reichsbankpräsident einmal als die „wirtschaftlichen Geschulten“ bezeichnete, die haben das Geld und damit ihre Ehre. Das Geld wollen sie sich nicht gefährden lassen durch die Verbreitung der Wahrheit. Deshalb weichen sie einer Berichtigung aus. Ihr, nach sittlicher Beurteilung, betrügerisches Gebaren soll totgeschwiegen werden. Gerade so wie Diebe und Räuber Angst haben vor einer öffentlichen Erörterung ihrer Taten. Auch Diebe und Räuber möchten im ungestörten Genuß des Raubes bleiben können. So fürchten auch die Betrüger in den Gesellschaften die sittliche Beurteilung ihrer Handlungen. Eine Gesellschaft schrieb uns, „daß es sich erfahrungsgemäß nicht lohnt, in Pressepolemiken einzutreten, wenn die Kritik, die in irgend einer Sache geübt wird, nicht sachlich, sondern von einer grundsätzlichen abweichenden Weltanschauung diktiert ist.“ Das ist es. Die sittliche Beurteilung ihrer Handlungen nach den Grundsätzen der Religion fürchten die „wirtschaftlichen Geschulten.“ Es ist das, was das Organ des Bayerischen Industriellenverbandes, die „Bayerische Industrie- und Handelszeitung“ (Nr. 12 v. 24. 2. 28) warnend für ihre Kreise schrieb: „Wer verlangt, daß die christliche Ethik wieder ins Blickfeld der wirtschaftenden Menschheit gerückt wird, kehrt sich — ob er sich dessen bewußt ist oder nicht — entschieden ab von dem jetzigen Tempo der Fortentwicklung unserer äußeren Lebensgüter.“ Nun ist klar, daß bei Anerkennung und Anwendung der christlichen Grundsätze der geschilderte Betrug gar nicht hätte vor sich gehen können. So versteht man, daß immer wieder von gewisser Seite der Schrei erschallt: Die Religion hat mit dem Wirtschaftsleben nichts zu tun oder Religion ist Privatsache oder der Pfarrer soll in seiner Kirche und Sakristei bleiben. Diejenigen, die eben die christlichen Grundsätze nicht anerkennen und anwenden wollen, um so besser betrügen und wuchern zu können, damit sich die Schnelligkeit der Fortentwicklung ihrer äußeren Lebensgüter nicht verlangsamt, möchten eben haben, daß allen die christlichen Grundsätze verloren gehen. Es soll niemand mehr wissen, was Recht und Unrecht ist. Je gewissenloser die „wirtschaftlichen Geschulten“ sind, um so leichter können sie dann die ehrlichen Menschen betrügen und bewuchern, nur mehr als Vieh betrachten, dessen Fütterung noch gerade notwendig ist, um sie auch weiterhin ausbeuten zu können.

Wenn sich die Gesellschaften darauf hinausreden, daß ihnen das Dienstbotenblatt Nr. 4 nicht bekannt ist, so kann ihnen leider das Gegenteil nicht nachgewiesen werden, weil es ihnen am 15. 2. 29 als Drucksache, nicht als Einschreibsendung, zugesandt wurde.

Auch diese Nummer wird den angeführten, uns nur als Beispiele dienende Gesellschaften wieder zugesandt, als Drucksache. Eigentlich sollten alle gleichartigen Gesellschaften die Artikel zugesandt erhalten. Denn der bezeichnete Betrug und Wucher, nach sittlicher Beurteilung, wird von allen gleichartigen Gesellschaften betrieben. Und das sind etwa 100 000. Leider erlauben es uns die Mittel nicht, das durchzuführen. Der „Bayer. Industriellenverband e. V.“ (München) hat ja großes Interesse an unseren Artikeln. Es steht aber nicht zu erwar-

## Lukanga Mukara

Die Forschungsreise des Afrikaners Lukanga Mukara ins innerste Deutschland.

(1. Fortsetzung.)

### ZWEITER BRIEF.

Birkhain, den 20. Mai 1912.

Leuchtender Kiger!

Ich bin an einem Platze, der einsam ist. Hügel mit Büschen umgeben mich. Ein See liegt zwischen hohen Bäumen, im Schilf seiner Ufer schwimmen Enten. Im flachen Wasser stehen Kraniche, und hoch in der Luft fliegen zwei Störche, die jetzt gerade aus Kitara herübergekommen sind, wo sie die Zeit zubrachten, in der es hier bitter kalt ist und Schnee und Eis mannshoch auf dem Lande liegen, wie Du es kennst von dem Gipfel des Karissimbi. Das wilde Getriebe der Städte dringt nicht hierher, und ich könnte mir denken, ich sei in Kitara, am Ufer des Ruhiga, an den weiten Buchten des Urigi, wo der Schrei der Kronenkränche weithin ertönt, wenn sie mit langsamen Flügel schlägen über die reifen Kornfelder dahinfliegen. Es ist derselbe Schrei, den ich hier höre. Der Vogel her sieht anders aus: ihm fehlt die buschige Krone, fehlt die weiße Brust. Bronzerot schimmert dennoch sein Hinterhaupt. Hierher bin ich gegangen, weil ich mir würde im Kopfe über das Neue und Widersprechende, was ich in diesem fremden Lande sah, und weil ich Ruhe haben wollte vor dem Lärm.

Strahlender Fürst! Wenn ich unter den tausenden angekleideten Wasungu\* einherging oder nachts aus Träumen erwachte, dann war mir oft, als hätte ich Pömba getrunken. (Wie einst als mir Ibrahim noch nichts von seiner Lehre gesagt hatte, die den Rausch eines Menschen für unwürdig hält.)

Über diesem Lande liegt etwas, wie ein großer Trug. Man sagt in Kitara: wo zwischen den Bergen Rauch aufsteigt, da sei eines Wanderers Ziel, denn da gibt es Wärme und warme Speise. Ein Handwerker brennt Schnitzwerk aus, die Eisenschmelzer sitzen in freier Luft an den Blasehügeln oder ein Schmied schmiedet Speerspitzen, Hacken und Nadeln. Drum ist dort ein reges Leben, und viele Menschen kommen

und freuen sich über die Kraft und Kunst, die dem Volke innewohnt. Wenn ein Schmied von der Arbeit aufsteht, dann rührt man die breiten Schultern fast mehr als die geschickten Hände.

In Deutschland ist sehr viel Rauch. Aber das ist kein Rauch, der eines Wanderers Augen auf sich zieht, der die Schritte beschleunigt oder das Herz höher schlagen läßt. Es ist kein Rauch in frischer Luft; es ist Rauch im Dunst, ja Rauch im Rauch. In langen steinernen Röhren wird er zum Himmel geleitet. Aber der Himmel will ihn nicht, und so liegt er wie ein Frühnebel über der Erde. Und wenn er, als eine dicke, atemraubende Masse überallhin fließt, wie soll man irgendwohin eilen, sich seines Ursprungs zu freuen! Im Gegenteil: wer sich die Lungen nicht mit Rauch füllen lassen will, flieht auf die Plätze, an denen die vielen Eingeborenen zusammenwohnen, flieht auf das Land hinaus, wo die Luft noch rein und frisch ist. Denn unerträglich ist die Luft, die die Wasungu sich gewöhnen einzatmen. Sie lieben es, zur Arbeit, zum Vergnügen, zum Unterricht, ja zum Gottesdienst in geschlossenen Räumen beisammen zu sein. Stundenlang. Jeder atmet Luft, die schon ein anderer geatmet hat. Dahin neigt sich Rauch, Dunst und Essensgeruch. Es missen viele von ihnen krank sein. Ich weiß das nicht; denn ich sehe nur gesunde Leute in den Straßen und glaube, daß sie die Kranken an einen anderen Platz schaffen.

Ich ging einem großen Rauch nach und kam in einen Trupp von Leuten, die denselben Weg gingen. Es waren Männer und Frauen, die alle nicht froh aussahen. Ich fragte einen jungen Sungu, weshalb er so schnell gehe, ob es da, wo er hingehet, etwas Schönes zu sehen gebe? Er lachte spöttisch und unfreundlich und sagte, er gehe zur Arbeit, und wenn er zu spät komme, schelte „der Alte“. Und der Alte hatte nicht Zeit, mit mir weiter zu sprechen.

Es gibt überhaupt keinen Sungu, der es nicht eilig hat. Jeder hat immer etwas vor, und jetzt weiß ich auch, weshalb der Sungu, der Kitara bereiste, die Männer so oft fragte: „Was arbeitest du?“ Und weshalb er sich erregte, wenn er die Antwort bekam: „Tinkora mimó mingikala“. „Ich arbeite nicht; ich bin vorhanden.“ Das erbot sie ihm, weil es in Deutschland keinen Mann gibt, der ohne Arbeit zufrieden sein dürfe, es sei denn, er habe viel Geld. Sie arbeiten alle, weil sie Geld haben wollen. Und wenn sie Geld haben, benutzen sie es nicht dazu, sich Dörbly zu kaufen, was ja nichts

kosten würde, sondern sie lassen sich von anderen, die Geld gewinnen wollen, einreden, sie müßten, um glücklich zu sein, alle möglichen Dinge kaufen, Dinge, die ganz unnütz sind und da gemacht werden, wo der Rauch aufsteigt.

Ich glaube, ein Mann, der mit wenigem auskommt und nicht kauft, ist in Deutschland nicht angesehen. Ein Mann aber, der sich mit tausend Dingen umgibt, die er aufbewahren, beschützen, verschließen und reinigen, ja, die er täglich ansehen muß, der gilt etwas. Und solch ein Mann kann doch zu nichts Rechtem Zeit haben, er kann auch nichts Nützlich tun. Er wird immer auf seinen Sachen sitzen müssen, anstatt in die Welt hinauszufragen und Lieder kennen zu lernen. Dazu gehören in Kitara nur ein Stock, ein geflochtener Beutel mit zwei Hölzern zum Feuerreiben und eine Zupfgeige. Wer das an sich nimmt, kann reisen, und wenn er, nach Monden, heimkommt, von den Tänzern und Liedern fremder Völker erzählen, von der Art, wie andere Völker den Elefanten jagen und wie sie die reifen Jungfrauen schmücken.

Das ist der Irrtum, der über dem Lande liegt: auch in Deutschland mag einst Rauch den Ort glücklichen Schaffens angezeigt haben; jetzt ist das vorbei. Zum Fluch wurde die Arbeitskraft, die das Feuer erregt, elende Sklaven sind die Eingeborenen, die mit der Kraft des Feuers arbeiten. Das sah ich, als ich dem Rauch nachging. In furchtbarem Lärm, der größer ist als die Gewitter des Frühlings, stehen Männer und Frauen und bewegen ihre Hände an den Maschinen. Sie stehen da, in schlechter Luft, in geschlossenem Raum und am ganzen Körper bekleidet. Sie machen eine Arbeit, die nie fertig wird, machen jahrelang dieselbe Arbeit. Wie viel besser ist es doch in Kitara! Da hat jede Jahreszeit ihre besondere Arbeit, und niemand braucht das ganze Jahr über am Blasehügel zu stehen oder Rindenstoff zu klopfen. Zur Bestellung des Landes müssen die Hacken fertig sein. Vorher hämmern die Schmiede und vor den Schmieden wird das Eisen ausgeschmolzen. Der Rauch verzicht sich wieder, und die zartesten Pflanzen wachsen um den Hochofen herum. Und auch die Lungen der Menschen werden wieder rein.

Ich sagte, die Eingeborenen trügen sogar bei der Arbeit Kleider. Es ist so, und es wundert mich immer wieder. Alle Eingeborenen gehen nur bekleidet umher, und selbst zum Baden ziehen sie ein dünnes Kleid an. Niemand hat das Recht, nackt zu gehen, ja niemand findet es anständig und gemein, Kleider zu tragen. Selbst der König des Landes unter-



ten, daß er auch für die Verbreitung der Wahrheit besorgt ist. Lassen sich doch diejenigen, die diesen Betrug u. Wucher, nach stiltlicher Beurteilung betreiben, gerne als Industrielle bezeichnen und haben soviel Einfluß auf die Presse aller Parteien, daß in der Presse, statt die Wahrheit zu vertreten, die Bauern und Arbeiter gegenseitig verhetzt werden, die einen als die Brotwucherer, die anderen als die Begehrlichen, Arbeitsfaulen, die die hohen sozialen Lasten verursachen. Damit wird das Augenmerk von dem Betrugs- und Wucherpraktiken der Börsengänger, die sich so gerne Industrielle nennen lassen, abgelenkt.

Die Gesellschaften reden sich auf die Gesetzgebung hinaus und betonen immer wieder, daß sie ganz genau die Gesetze durchgeführt haben. Leider ist es so, daß sie bei dem Betrug, nach stiltlicher Beurteilung, nicht gerichtlich verfolgt werden können. Das ist aber nicht richtig, daß sie nicht anders hätten handeln können. Uns ist eine Gesellschaft (allerdings nur eine!) bekannt, die anders handelte. Es ist die Bayerische Siedlungs- und Landbank G.m.b.H. Diese wandte sich am 17. 12. 24 an den Reichsjustizminister um die Genehmigung, die Umstellung nach Treu und Glauben durchführen zu dürfen, was ihr vom Reichsjustizminister unterm 25. 3. 25 auch genehmigt wurde, wenn wenigstens 1/4 der abgegebenen Stimmen dafür sind. Die Bayerische Siedlungs- und Landbank mit beschränkter Haftung brachte diese 1/4 Stimmenmehrheit zusammen und durfte somit ehrlich bleiben und handeln. Warum brachten denn die anderen Gesellschaften diese Mehrheit zu dem Willen, ehrlich bleiben und handeln zu dürfen, nicht zusammen? Ich stehe nicht an, den Hintertreibern dieser Ehrlichkeit in den einzelnen Gesellschaften den Vorwurf zu machen, daß sie nach stiltlicher Beurteilung Betrüger sind. Daran hindert mich auch nicht die Tatsache, daß diese Betrüger mit Laekschuhen und Zylinderhüten herumlaufen oder im Auto fahren.

Es ist aber auch richtig, daß bei den Gesellschaften viele Unschuldige dabei sind, die eben zu den „wirtschaftlich Ungeschulten“ gehören. Die verließen sich auf die Gesetzgebung und auf die Vorschriften der Gesetze. Sie glaubten, daß die Gesetzgebung schon das Beste erzwingen wird. Wer hätte denn gedacht, daß die Gesetzgebung den Betrug gesetzlich regelt und die Betrüger schützt und straffrei läßt? Es handelt sich um die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 8. 12. 23 von der Reichsregierung mit Gesetzeskraft erlassene „Verordnung über Goldblumen“ vom 28. 12. 23, die in § 8 den Betrug, nach stiltlicher Beurteilung, grundsätzlich vorschreibt und nur in § 20 die Möglichkeit läßt, mit Reichsjustizministererlaubnis ehrlich zu bleiben und handeln zu dürfen, wenn eine (1/4) Mehrheit dafür bei den Gesellschaften zusammenkommt. Unterschrieben ist die Verordnung vom Reichskanzler Marx und dem Reichsjustizminister Emminger. Dazu kommt der Artikel I der „Dritten Steuernotverordnung“ vom 14. 2. 24, unterschrieben vom Reichskanzler Marx, dem Reichsfinanzminister Dr. Luther und dem Reichsjustizminister Emminger.

Aber die Reichsregierung trägt nicht allein die Schuld, sondern die anderen Abgeordneten des Reichstages tragen dieselbe Schuld an dieser Gesetzgebung mit ihrer Auswirkung. Nach § 1 Abs. 2 des Ermächtigungsgesetzes hätte der Reichstag oder der Reichsrat die Aufhebung dieser Verordnungen, die sich so betrügerisch für weite Schichten des Volkes auswirken, aufheben können. Der Reichstag und der Reichsrat haben das bis heute noch nicht getan. Ja, Reichstag und Reichsrat haben in den Aufwertungsgesetzen vom 16. 7. 25 dieselben betrügerischen Grundsätze übernommen. Daher kommt es, daß sich heute die Gesellschaften auf die Gesetzgebung berufen können, daß diejenigen, die bewußt die Ehrlichkeit bei den Gesellschaften hintertrieben haben, also nach stiltlicher Beurteilung Betrüger sind, den gesetzlichen Schutz genießen und straffrei sind.

Nun wirkt sich dieser Betrug alljährlich, Jahr für Jahr aus. Wie Räuber ihren Raub in Sicherheit bringen, so bringen die Betrüger ihren Betrugsertrag in Sicherheit. Sie verschleppen ihn meistens ins Ausland. Daher die tiefe Not im Bauernstand,

im ganzen Volke. Diese Not kann nicht behoben werden, solange dieser gesetzlich geregelte und geschützte Betrug nicht aufgehoben, die Ehrlichkeit wieder hergestellt, christliche Grundätze wieder anerkannt und angewandt werden. Mögen die Betrüger auch noch so sehr vor den christlichen Grundätzen Angst haben, vor der weltanschaulichen Beeinflussung der Kritik, die ihnen deshalb unsachlich vorkommt. Es ist so, wie die österreicherischen Bischöfe in ihrem gemeinsamen Hirtenbrief schreiben: „Das Bank- und Kreditwesen ist zu einem Giftbaum geworden. Es dient den Finanzmächten, die Völker zu bewuchern und auszurauben, dem Fleiß fast alle Ersparnisse wegzustehlen und immer weitere Kreise durch die Verarmung in gänzliche Abhängigkeit und in eine wahre Sklaverei zu bringen. . . . So lange sie in solchem Umfange wie jetzt besteht, . . . ist es unmöglich . . . wirksam zu helfen. Was diese Geldmacht vollzieht, ist himmelschreiende Sünde, in vielfacher Form verübt an Tausenden und Tausenden.“ Die Finanzmächte stehen eben auf dem Standpunkt: Was dein ist, ist mein, und was ich einmal habe, geht dich nichts an.

Das erleben wir seit Jahren. Der Landwirtschaft, den Arbeitern, dem Mittelstand wird „geholfen“. Trotz aller sogenannten Hilfe geht es abwärts. Die Bauern und der Mittelstand kommen immer näher zum Bankrott, die Arbeiter immer mehr in die Arbeitslosigkeit.

**Hinein mit der Wahrheit ins Volk!**

So die Artikel.  
Damit ist bewiesen, daß die in den von uns gebrachten Artikeln aus der „Schönen Zukunft“ und dem „Bayerischen Vaterland“ angeführten Tatsachen unwiderleglich sind. Der Herr Lunghammer schreibt an die Gesellschaften einen besonderen Brief, der an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig läßt. Die Gesellschaften wissen darauf nur zu erwidern, daß sie ganz genau nach dem Gesetz gehandelt haben. Der Herr Wimmer ist in seinem Artikel nicht weniger deutlich. Und trotzdem seit dem Erscheinen des Artikels über ein halbes Jahr verflössen ist, keine Klage gegen Lunghammer und Wimmer, denen sie wahrlich nicht geschadet hätte, wenn sie Unwahrheiten verbreitet hätten; keine Klage, weder von den Gesellschaften, noch von Herrn Reichskanzler a. D. Marx oder von Herrn Reichsjustizminister a. D. Emminger. Diese Tatsachenfeststellung genügt. Der Betrug ist gesetzlich geregelt, der Wucher gesetzlich geschützt, die großen Betrüger und Bewucherten sind gesetzlich straffrei und die Betrogenen und Bewucherten sind gesetzlich schutzlos. Die Herren Parteiführer, die die Dinge kennen und bewußt dulden, sind somit Hehler der großen Betrüger und Wucherer, solange bis sie auf Änderung der Betrug und Wucher regelnden und schützenden Gesetze dringen und entsprechende Gesetze schaffen, die die Ehrlichkeit vor Betrug und Wucher schützen.

Für uns entsteht aber wieder die Frage: Soll das der christlichen Eigentumsrechtslehre entsprechen?

Was weiß der H. H. Präses Gickler dazu zu sagen? Schreibt er auch einmal darüber, etwa ein Volksvereinsheft? Wenn ja, dann lassen wir es uns gefallen, wenn er auch uns angreift. Dann können und müssen wir es glauben, daß er seine persönliche Überzeugung zum Ausdruck bringt und dieselbe vertritt, ohne Ansehen der Personen und der Parteien, daß er so helfen will, die Wahrheit herauszustellen. Wenn er aber dazu schweigt, schweigt etwa gar im Interesse der Betrüger und Wucherer oder wegen des Ansehens der Zentrums- und Bayerischen Volkspartei oder deren Führer Marx und Emminger, dann ist eben sein Schreiben ein parteiliches Geschreibsel, wie von so manchem anderen, das uns weiter nicht berühren kann.

Können überhaupt die Herren Arbeiterführer diesen Betrug und Wucher vor den Arbeitern vertreten? Können insbesondere christliche Arbeiterführer, wie die Herren Joos, Stegerwald, Imbusch, Schwarzer usw. diesen Betrug und Wucher vor ihrem Gewissen und vor der Arbeiterschaft vertreten? Oder wollen sie auch weiterhin den besseren

**Stegerwald will es nicht gewesen sein.**

Die demokratische Presse berichtet, daß der Beamtensvertreter des Zentrums, Baumhoff (Hagen), im Beamtensbeirat der westfälischen Zentrumsparlei erklärt habe, Stegerwald habe ihm erklärt, daß er nicht der Vater „dieses die Beamtenschaft einseitig und einschneidend belastenden Gesetzes gewesen sei“. Die authentische Mitteilung, daß Höpker-Aschoff Moldenhauer zur Erhebung des vierprozentigen Notopfers bestimmt habe . . . fand . . . entsprechend bewegte Aufnahme bei den Anwesenden. („Münst. Anzeiger“.)

Das ist ein Musterbeispiel, wie heute „Politik“ gemacht wird. Bei den Arbeitern möchte man das Notopfer der Beamten, bei den Beamten soll es Höpker-Aschoff gewesen sein, der Demokrat. Die demokratische Presse erklärt diese Behauptung als eine Unwahrheit, eine an Verleumdung grenzende Unwahrheit. („Dortmunder Generalanzeiger“.) So macht man Politik! Man hat nicht den Mut, zu sagen: Entweder die Beamten, das heißt, zuerst die oberen Beamten, müssen ein Notopfer in dieser Zeit bringen, oder wir sind dagegen, daß die höheren Einkommen und die Beamten herangezogen werden. Man ist gezwungen, Gelder zu beschaffen, hat aber nicht den Mut, den Beamten zu sagen, daß sie auch opfern müßten.

Mit solcher Politik kann nur die Schleimigkeit und Flickschusterei weiter aufrecht erhalten werden. Keine Wahrhaftigkeit, Geradheit, Konsequenz! Wie klar, eindeutig, aber auch gerade und damit wahr und charakterbedingt ist, was wir von der CSRP. fordern: Jedes Gehalt über 1200 Mark, jede Pension über 600 Mark im Monat werde gestrichen! Alle Einkommen über 1200 Mark im Monat werden zu bedeutendem dauernden Heranziehen durch straffte Besteuerung und Steigerung der Sätze in den oberen Einkommensgruppen herangezogen!

Teil der Tapferkeit wählen und über diese Dinge schweigen? Können Bauernführer und -Vertreter im Reichstag diesen Betrug und Wucher vor ihren Anhängern und Wählern vertreten und vor ihrem Gewissen? Können Mittelstandsvertreter diesen Betrug und Wucher am schaffenden Volk vertreten? Was weiß der Herr Herold vom Bauernverein dazu zu sagen? Darf er das seinen Bauern sagen, ohne befürchten zu müssen, daß ihnen dann die Inseratenaufträge der sich betroffenen fühlenden Gesellschaften entzogen werden oder dem Redakteur durch Kündigung der Brockkorb höhez gehängt werden muß?

**Freunde! Hinein mit der Wahrheit ins Volk!**

Zeigt den Arbeitern, wie Betrug und Wucher nun schon seit 1924 im besonderen Maße gesetzlich geregelt und geschützt ist, ohne daß die Gesetze geändert werden, während die Arbeitslosenversicherung alle Augenblick geändert wird, um, angeblich, Mißstände abzustellen, in Wirklichkeit aber, um die Arbeiter dem Hunger umso schneller zu überantworten, wenn sie arbeitslos gemacht werden!

Zeigt den Bauern und Gewerbetreibenden, warum die Steuern und die sozialen „Lasten“ so ungeheuer gestiegen sind, weil die Bewucherten und Betrogenen durch die Mittel der Allgemeinheit vor dem Verhungern geschützt werden müssen, um einen gewaltsamen Umsturz möglichst lange hintanzuhalten!

Zeigt den Anhängern aller Parteien, wie sie von ihren Führern verraten werden an das internationale Börsengängertum, die internationalen Kapitalisten-Betrüger und Wucherer! Fragt die, die uns verketzern als Feinde des christlichen Eigentumsrechts, ob das der christlichen Eigentumsrechtslehre entspricht, das, was sich als den schlimmsten Betrug und Wucher an den ehrlich Schaffenden und Sparenden alljährlich wiederholt!

Fragt die Parteimagogen, ob Kommunisten und Sozialisten oder russische Bolschewisten mit dem Eigentum des ehrlich Schaffenden und Sparenden schlimmer umgehen

wirft sich dem Zwang der Kleidung. An dem Körper trägt er dicke, genähte Stoffe, den Kopf bedeckt er, und die Füße umkleidet er mit genähtem Kalbfell. Wie groß und erhaben bist Du doch, Mukama, gegen ihn! Dein Kleid ist Bastfaden, an dem zwei geschnittene Hörner eines Buschbocks hängen; ein gestreiftes Ziegenfell bedeckt Deine linke Hüfte. Frei atmet Deine Brust, die Sonne bescheint Deine glatte Haut, und Dein nackter Fuß berührt die fruchtbare Erde.

So gehs auch ich hier jetzt unbekleidet im Sande umher, wo mich keine Eingeborenen sehen. Wenn sie mich nackt sähen, würden sie mich verfolgen. Auch ich muß in diesem Lande Kleider tragen, wenn ich das Volk nicht aufreizen will. Es ist eine Qual für Deinen freien Diener, ein Schmerz und eine Gefahr, die er nur auf sich nimmt um der Forschung willen und für die Wissenschaft Kitara.

Du glaubst gewiß, die Bewohner des Landes außerhalb der großen Städte gingen nackt einher; nein, auch sie bekleiden sich vom Kopf bis zu den Füßen, und vor allem steht man nie einen Mann, der keinen Hut auf dem Kopfe trägt. Wenn jemand in einer Stadt ohne Hut ginge, würden die Eingeborenen scharf nach ihm herlaufen und ihn verspotten. Der Hut ist das Zeichen der Würde, und wenn er auch nur aus einem schmutzigen, schwelldurchtränkten Bündel Zeug besteht, es gilt als vornehm, ihn zu tragen. So kommt es, daß den meisten Wasungu die Kopfhaut aus Mangel an Licht und Luft wegfaulen und der Kopf kahl wird. Das ist denn auch eine große Sorge aller Männer, und sie geben viel Geld aus bei Leuten, die mit der Pflege des Kopfhares anderer Eingeborener Geld verdienen wollen. Dort lassen sie sich verschiedene Flüssigkeiten empfehlen und verkaufen. Nur das eine tun sie nicht, was nichts kostet und in Deutschland wie in Kitara von dem Erntesten Manne am leichtesten gebraucht werden kann: keinen Hut auf den Kopf zu tun.

Die Wasungu sagen, man gebrauche einen Hut, um den Kopf zu wärmen und zu schützen und um damit zu grüßen. Ihr Gruß besteht nämlich darin, daß sie den Hut einmal vom Kopf herunternehmen und wieder hinauftun. Hinknien und in der Hände klatschen ist als Gruß ganz unbekannt.

Was sie an Kleidern am Körper tragen sollen, schreiben die reisenden Eingeborenen folgen ihnen darin unbedingt. Wenn Du etwa meinst, ein kräftiger, schöner und geschnittener Körper komme in einem solchen Kleide zum Ausdruck, brüt

Du, die Kleider der Männer werden so gemacht, daß jeder Schwache ebenso aussieht wie ein starker Mann, und daß kein Mann den Wunsch hat, seinen Körper zu verbessern oder sich davor bewahrt, den Leib zu entstellen; die Kleider verdecken jede Schwäche. Selbst die Frauen sehen bei der Wahl der Männer nicht auf die Schönheit und Kraft des Körpers, sondern auf die Form und den Wert der Kleider und des Hutes. Die Frauen wissen gar nicht, wie ein schöner, gebildeter Körper aussieht. Sie heiraten dann einen Anzug und zugleich den Mann, der darin steckt. Die Unatze der Kleider bringt es auch mit sich, daß die Männer und Frauen der Wasungu heiraten ohne voneinander zu wissen, wie sie nackt aussehen. Das würde in Kitara als Schand- und niedrigste Gemeinheit angesehen werden, wenn es je vorkäme. Es wäre ein Verbrechen an der Zukunft des Volkes. In Deutschland gilt es als anständig.

Du wirst, großer König, wissen wollen, was ich selbst an meinem Körper trage, um unbekleidet durch die Städte der Eingeborenen zu gehen, und wie ich den Schmutz der Kleider ertrage?

Am Morgen nach dem Bade reibe ich die Haut mit Öl ein und ziehe Unter- und Oberkleider an. Die Unterkleider werden durch Bänder über den Schultern festgehalten. Das ist ein Schmerz, weil der Druck dieser Bänder den Oberkörper zusammenbrückt. Viele Wasungu sind dadurch gekrümmt, und ihr Rücken tritt weit hervor. Um den Hals knüpfe ich einen steifen Ring aus Pflanzenfasern, eine furchtbare Erfindung, die um so unverständlicher ist, als die Wasungu die Kunst, weiche Gewebe herzustellen, meisterhaft verstehen.

Über die Füße streifen die Wasungu enge Gewebe aus Schafwolle, wodurch sie die Zehen gewaltsam zusammendrücken, so daß es ihnen unmöglich gemacht wird, sicher zu gehen. Ich hielt den Schmerz nicht aus, als ich es versuchte, die Gewebe an den Füßen zu tragen und habe den unteren Teil dieser Kleidungsstücke abgeschnitten, was niemand sehen kann, weil die ganzen Füße in Lederhülsen stecken, die dicht geschlossen sind. Diese Schuhe spielen in der Bekleidung eine große Rolle. Es klingt ungläublich: auch die Form der Schuhe wechelt nach der Laune und dem Willen der Handwerker, und der Fuß der Eingeborenen muß die seltsamsten Formen annehmen, um in die Schuhe hineingepreßt zu werden. Ich selbst habe mir von einem Handwerker Schuhe nähen lassen, die so groß sind, daß ich meine Zehen darin frei bewegen kann

Die Wasungu ziehen ihre Schuhe nicht aus, wenn sie in die Häuser hineingehen, sie baden ihre Füße nicht, bevor sie ein-treten, sie halten aber darauf, daß das Außere der Schuhe schön blank geputzt ist. Es wird mehr Mühe verwandt auf die Bereitung von Mitteln zum Putzen der Schuhe, als auf Einrichtungen, die Füße selbst schön zu bilden und gesund zu erhalten.

Wenn ich in meinen Schuhen gegangen bin und in mein Haus komme, dann ist es mir jedesmal, als müßte ich die Schuhe ausziehen, vor der Türe ein Fußbad finden und eine Bank zum Sitzen, und ein Diener müßte kommen und mir die Füße waschen und ölen. Nichts von dem: an Plätzen, wo besondere Räume zum Warten eingerichtet sind, findet man Bücher zum Lesen und kann viele seltsame Dinge kaufen, die jeder Wanderer entbehren kann und ohne die Kitara noch heute auskommt; doch ist keine Gelegenheit, in der Zeit des Wartens ein Fußbad zu nehmen. Es hat auch kein Eingeborener den Wunsch, das zu tun, und so gehen sie denn vom Morgen bis zum Abend in denselben Kleidern und Schuhen und mit demselben Hut auf dem Kopfe, und weiß sie am nächsten Tage dieselben Kleider anziehen wollen, dürfen sie nicht allzusehr schwitzen. Deshalb und um ihre Kleider zu schonen, müssen sie langsam gehen. Laufen ist nur den Kindern erlaubt. Die Erwachsenen laufen nie, weil sie aber immer Elle haben, gehen sie auch nicht; sie fahren. Durch den Mangel an Bewegung verändert sich ihr Körper so sehr, daß sie sich nackt nicht mehr zeigen könnten, selbst wenn es Sitte wäre, ohne Kleider zu gehen, und viele Männer sehen aus wie gemästete Hunde oder wie die Flußpferde von Ukonse.

Du fragst nach den Kriegern des Landes und nach den Frauen? Davon erzähle ich dir später.  
Es sind große Entbehrungen, die ich ertrage, um meinem Auftrag zu erfüllen, dies Land zu erforschen. Die Bitten des Volkes bedrohen mich und meine Gesundheit. Was mein Körper von außen erfährt, und auch, was ich gezwungen bin, innen hineinzutun, während ich hier lebe, das schädigt mich. Zwei Dinge nur begleiteten mich von der Heimat hierher: die Sonne, die meinen Rücken mit ihren Strahlen erwärmt und jener große Vogel, der früher als ich nach Kitara zurückkehrte und meinem Könige Gräße bringen wird von

seinem Diener **Lakanga Mukama.**  
(Fortsetzung folgt)



könnten, als wie bei uns die Parteiführer durch ihre Gesetzmacherei umgehen?

Zeigt den Wählern, wie die Parteiführer, die diese Gesetze bewußt so gemacht haben und in diesem Zustande dulden, zu Hehlern der großen Betrüger und Wucherer geworden sind!

Zeigt den Parteiführern und Parteianhängern, die die Dinge noch nicht kennen und im guten Glauben leben, wie sie sich künftig zu Hehlern der großen Betrüger und Wucherer machen, wenn sie dieses gesetzliche Unrecht noch länger dulden!

Zeigt den Anhängern aller Parteien, wie zu dem großen Betrug und Wucher die Betrüger und Wucherer auch noch steuerfrei gemacht oder steuerlich geschont werden! Es wird sich dann zeigen, daß sie mit diesem Volksverrat nicht einverstanden sind.

Zeigt den Betrogenen, daß es nicht wahr ist, wenn ihnen vorgesagt wird, daß allein Krieg und Inflation schuld an der Vernichtung des Eigentums der ehrlich Schaffenden und Sparenden seien, sondern daß ihr Eigentum durch die Gesetzgebung anderen zugeschoben wurde und sie deshalb Fürsorgeunterstützung bei der Gemeinde beanspruchen müssen!

Zeigt den Wohnungslosen, die selbst oder deren Eltern sich einmal etwas erspart hatten, warum sie sich keine Wohnungen bauen können, weil eben ihr Ersparnis den großen

Betrüger und Wucherern durch das Gesetz zugeschoben wurde!

Zeigt dem Volke, wie das Kapital überwiegend den großen Betrüger und Wucherern zugeschoben wurde, damit sie es ins Ausland verschieben können, damit wir in Deutschland über Kapitalmangel und fehlende Kapitalbildung jammern müssen und über hohe Zinsen klagen können!

Zeigt den Lesern der verschiedenen Zeitungen der verschiedenen Parteien, wie ihnen ihre Presse die Wahrheit auf diesem Gebiete bisher vorenthalten, also angelogen hat!

Berichtet uns von allen Orten, welche Stellungnahme die Presse und die Parteiführer zu diesem großen Betrug und Wucher am ehrlich schaffenden und spenden Volke einnehmen, damit wir sehen können, ob noch ein weißer Raub unter der Presse und den Führern der anderen Parteien steckt. Zwingt die Parteiführer und die Parteipresse zur Stellungnahme zu diesem großen planmäßigen Betrug und Wucher! Schlagt ihnen die Tatsachen immer wieder um die Ohren!

Freunde! Hinein mit der Wahrheit ins Volk!

Kämpft und arbeitet mit einer Presse und mit Menschen, die rücksichtslos die Wahrheit sagt und sagen kann, weil sie sich nicht kaufen läßt. Organisiert immer stärker und planmäßiger die Kampffront des schaffenden Volkes in Stadt und Land.

## Der Faschismus und die Bauernbewegung.

(3. Fortsetzung.)

Wann Taktik, die der entspricht, die der Faschismus in Österreich anwendet, finden wir auch in vielen landwirtschaftlichen Gebieten Deutschlands. Hier gewinnt der faschistische Kampf besondere Bedeutung. Denn in Deutschland ist das industrielle Proletariat am meisten kampffähig und kampftüchtig, während sich die Bauernmassen fast ausweglos unter dem Einfluß der wirtschaftlichen und der politischen Organisationen der Bourgeoisie befinden. Auch in Deutschland, wo in den Inflationsjahren der Wohlstand der Bauern vernichtet worden ist, sind die werktätigen Bauern von einer schweren Krise erfaßt worden. Die Schuld, mit der die deutsche Landwirtschaft in den Jahren 1925 bis 1929 belastet worden, beträgt fast 6 Milliarden Mark, die Wucherzinsen — eine Milliarde Goldmark jährlich. Der größte Teil dieser Schuld lastet auf den landwirtschaftlichen Kleinbetrieben. Die Steuern, die sie zahlen müssen, haben sich im Vergleich zum Jahre 1913 verfünffacht. Kredite zu finden ist für sie unmöglich. Ein Teil ihrer Erzeugnisse bleibt unverkauft. Im Jahre 1925 sind Bauernhöfe mit einer Gesamtfläche von etwa 8000 Hektar zwangsversteigert worden; im Jahre 1927/28 sind es bereits 270 000 Hektar und im folgenden Jahre stieg die Zahl um das Doppelte.

Den werktätigen Bauern stellen sich alle kapitalistischen Parteien entgegen, darunter auch die Sozialdemokratie, die glaubt, die Aufmerksamkeit der Bauern auf sich lenken zu können, wenn sie einen Gesetzentwurf über Pachtverträge einbringt. Aber die Tatsache, daß verschiedene von diesen Parteien in der Reichsregierung sitzen, macht die Bauernmassen mißtraulich gegen sie. Innerhalb dieser Parteien haben sich andere politische Gruppierungen herausgebildet, die hinsichtlich der Bauern dieselbe faschistische Sprache sprechen wie in Österreich. Die Lösung des „Marsches auf Wien“ wird abgelöst durch die Lösung des „Marsches auf Berlin“. Die Sprache der deutschen Faschisten ist demagogischer und

brutaler als die der Heimwehren, so daß die Reichsregierung vorläufig empört zu sein. Aber die Wahrheit tritt klar zutage: Je gefährlicher und drohender die Bewegung der industriellen Arbeiter wird, umso fester wird in Deutschland die Einheitsfront gegen sie, die faschistische Front, für die man die Bauernmassen, vor allem die werktätigen Bauern zu gewinnen sucht. In letzter Zeit, während der „Grünen Woche“ in Berlin haben sich die Spitzen des Agrarkapitalismus und die der Großindustrie öffentlich zusammengetan, und in ihren inneren Kämpfen einen Waffenstillstand abgeschlossen, um alle Kräfte des Staates gegen das Proletariat zu vereinigen. Es ist hier weder die Zeit noch der Platz zu analysieren, wie rasch diese faschistische Einheitsfront sich entwickelt wird. Wir müssen dafür sorgen, rechtzeitig zur Stelle zu sein, um zu verhindern, daß die werktätigen Bauern ausgenutzt werden für den Kampf gegen das Industrieproletariat, daß das fortschrittlichste des ganzen Europa ist. Dieselben Prediger, die der Faschismus gegen das Industrieproletariat anwendet, werden sich später auch gegen die Bauernmassen richten.

Das „klassische“ Beispiel des italienischen Faschismus findet seine vollkommene Nachahmung, wie die Ereignisse der letzten Zeit gezeigt haben, in Jugoslawien und in der Tschechoslowakei. Das Studium der Agrarreform in Jugoslawien, wie sie in der Konstitution vom Juni 1921 vorgesehen ist, würde zu der Analyse einer Reihe politischer Kämpfe führen, durch die die Geschlechter dieses, mechanisch aus einer Koalition verschiedener Völker entstandenen Staates beherrscht wird. Die landwirtschaftlichen Verhältnisse, auf die die Reform sich bezog, waren ungeheuer kompliziert — mit dem Kleinbetrieb, der in Slowenien, Kroatien, Slowenien und in der Wolowina vorherrscht; mit der Herrschaft des „Kmet“ in Bosnien und in der Herzegowina; mit den mittelalterlichen Knechtschaftsverhältnissen in Mazedonien und im alten Serbien; mit den Überbleibseln der alten römischen „Halbpacht“ in Dalmatien. Aber den Mittelpunkt der Agrarfrage und der politischen Kämpfe Jugoslawiens bildete Kroatien, wo Stefan Raditsch an

## Städte, Feste und Volk.

Es ist in Deutschland Bürgertradition, daß immer einmal wieder was los sein muß. Und es ist ganz gleich, was für ein Ereignis gerade spielt, ob es damals die „Siegesglocken“ waren, die den Tod und den Mord von Freund und Feind überlitten und damit das Christentum außer Kurs setzen, oder ob jetzt „Befreiungsfeiern“ sind, bei denen der Herr Professor und mancher weinelige „Patriot“ ein „Großer Gott wir loben Dich“ anstimmt. Immer bleibt es das gleiche Lied, diese Feste sollen ein, überlitten vielleicht für Stunden und Tage die Gegensätze. Aber die Wirklichkeit bleibt nach wie vor grau.

Es gibt wohl keine deutsche Stadt, die nicht ihr „Heimatfest“ hat, oder die sonst das Erbrecht auf einen großen Mann für sich in Anspruch nimmt, der gewöhnlich aber erst nach seinem Tode für groß und bedeutend angesehen und erkannt wurde und dann meistens noch von denen, die ihn erst nicht kannten. Es ist auch üblich, daß im letzten Dorf der Bürgermeister oder die Feuerwehr, oder sonst ein Kriegerverein und was es nur in Deutschland in dieser Art sonst noch gibt, ein Fest feiert. Dort wird „geehrt, hier der Brand gelötcht und da die glorreiche Modertadition“ gefeiert. Gegen Feste feiern an und für sich wird sicher kein Mensch etwas sagen. Aber darüber, wie Feste gefeiert werden und welchen Inhalt und welche Bedeutung sie noch für das Volk, den eigentlichen Träger der Feste haben, darüber sollten wir uns wohl klar sein und werden. Denn praktisch ist es so, daß wir einfach keine Feste mehr feiern können als gemeinsames Volk. Es ist einfach der Fall, daß mit viel Kraftaufwand und auch gutem Willen stets etwas „produziert und gemacht“ wird. Aber wirklich von innen heraus, gewachsen aus Überzeugung, finden wir selten oder gar kein Fest noch eine Feier. Und ganz real gesehen sind alle diese Veranstaltungen, wie wir sie heute in allen Städten sehen, in Szene gesetzt des guten Geschäftes wegen. Man braucht Fremde, muß Reklame machen, um das „Kulturniveau“ der Stadt zu heben usw. Gut, man soll das machen, aber das Volk muß dann wissen, daß es mit dieser bürgerlichen „Kultur“ nichts zu tun hat. Es muß wissen, daß es eben nur ein Ausfluß dieser Ordnung und des kapitalistischen Systems ist, was ihm da vorgesetzt wird. Ob das nun ein Walzer von der Vogelweide, ein Jahr in Würzburg oder sonst irgend ein Unternehmern wie die Weidwerksstellung in Berlin ist. Hier wird versucht, den Geist eines der besten Deutschen aller Zeiten herauf-

zubeschwören, dort geben sich die Vertreter der Technik ein Stelldichein. Dort wird Walter von der Vogelweide gefeiert von den Erben und Vertretern einer Gesellschaftsschicht, die ihn ehemals schätzten, da wird die Macht und das Erdendertum des Menschengeistes von einer Clique genossen und demonstriert, die täglich und stündlich eben durch Technik und System Volkskraft und Arbeitskraft ausbeutet. Das müssen wir sehen und wissen. Und bei allen Anlässen müssen wir uns das sagen. Ob das nun Musikfest oder Sängerfest ist, das schaffende Volk hat die Augen aufzuhalten.

Es gibt heuer viel Musik in Würzburg: Sonntag vor 14 Tagen zu Ehren von Walter von der Vogelweide, letzte Woche zu Ehren von Mozart, ja, man müßte denken, unser armes Volk besinne sich in dieser schweren Zeit wieder auf sein höchstes Gut, die Musik, um Kräfte der Erneuerung aus ihr zu schöpfen. Und was verbirgt sich hinter diesen Trugbildern? Wer am Sonntag vor 14 Tagen als unbeteiligter Beobachter in den Straßen weilt, den „Sängerzug“ an sich vorbeiziehen ließ, zufällig in Gaststätten, etwa in den Raskeller geriet, der mag wohl seine Eindrücke mit den beiden, dem Charakter des „Festes“ entsprechenden Worten „Lärm und Getöse“ zusammenfassen. Das war keine ausselassene Fröhlichkeit, wie man sie sich manchmal wünschen könnte, nein, das war ein durch unseren „Volksfreund“ Alkohol angelegtes Lärmen und Schreien. Das hier floß in Strömen durch darsige Bapnerkehlen, — das Geld in die Gastwirtskassen —, es führte zu dem Erfolg, daß alle Sorgen und Nöte überhört wurden im Rausch, alle einig waren in dem einen, dem Alkohol.

Was hat das noch mit einem deutschen Sängerfest zu Ehren Walters von der Vogelweide zu tun? Und was haben gerade die unterfränkischen Bauern dabei zu tun? Diese Art, Feste zu feiern, sollen sie doch den Spießbürgern überlassen, deren Heimat ja der Stammtisch ist. Wer soll denn da an eine Bauernnot glauben, wenn er das am Sonntag gesehen hat? Drum müssen sich alle Bauern, die selber Not leiden, die die Not der Zeit sehen und ändern wollen, dagegen wehren, sie dürfen sich nicht mißbrauchen lassen von den Leuten, die solche „Feste“ veranstalten zur Betäubung der Bauern, um sie hinwegzuschleusen über die tiefen Gegensätze, die bestehen zwischen den Bauern und jenen Elementen, hinter denen in erster Linie das Kapital steht.

„3. Deutsches Mozartfest, Würzburg, 1935.“ Das klingt gut für den Fremden; ja, in Würzburg hat man noch Kultur in unserer kulturlosen Zeit, da gedenkt man noch...

## Büdo Salonwachs das altbekannte

der Spitze der Bauernbewegung stand. Diese Bewegung hat verschiedene Etappen durchgemacht, bis die kroatische Bourgeoisie sich ihrer bemächtigte, um sie für ihre wirtschaftlichen Klasseninteressen auszunutzen.

Als in der zweiten Hälfte des Jahres 1928, nach dem Tode von Raditsch, die Periode des schärfsten Kampfes zwischen Agram und Belgrad begann, befanden sich die Bauernmassen Kroatiens in Verhältnissen schlimmerer Not, während in den Nachbarländern, in Bosnien, in der Herzegowina die Agrarreform auch ihr äußeres Gewand verlor. Einen Widerstand boten die Slowenischen Bauern, dank ihrer starken katholischen Organisation. In der Hoffnung auf einen Sieg über Belgrad studierten die Führer der bürgerlich-bäuerlichen Koalition von Agram alle Möglichkeiten zur Überwindung der schweren Krise, in der sich die Bauernmassen befanden.

Es ist wenig bekannt, für uns aber interessant zu wissen, daß die Krise, die die kroatischen Bauernmassen ins Elend stürzte, überwunden werden sollte durch die Auslieferung der Bauern an den Kapitalismus, vor allem amerikanischen Ursprungs. Der Kapitalismus hätte sich nicht unter der Form einer gewöhnlichen Anleihe ihres Bodens bemächtigt, sondern auch alle Arbeiten des landwirtschaftlichen Aufbaus in seine Hände genommen. Er hätte sich dann an den Erzeugnissen und am Handelsmonopol über diese Erzeugnisse schadlos gehalten. Der Führer der Kroatischen Wirtschaftsorganisation, Predawec, hat mir von diesem Plan Mitteilung gemacht, der die Agrarreform vollkommen aufgehoben hätte, um an ihre Stelle das modernste System der kapitalistischen Ausbeutung zu setzen. Der Staatsstreich vom November 1928 hat nicht nur die Verwirklichung der politischen Autonomie Kroatiens verhindert, sondern auch diesen Plan zunichte gemacht, der für die herrschende serbische Bourgeoisie offensichtlich eine Gefahr bedeutete. Um der stets wachsenden Unzufriedenheit in der Landbevölkerung Herr zu werden, griff die Bourgeoisie zu Mitteln des Druckes und des Terrors. Schon vorher war in den kroatischen Bauernmassen eine Strömung zugunsten einer Loslösung von der bürgerlich-bäuerlichen Koalition entstanden, die aus den Händen Raditsch in die Hände von Macek und Pribleswic; aber nach 1928 wurde überall in den Bauernmassen der Wunsch lebendig, den Kampf wieder aufzunehmen, und ihm ein radikaleres Ziel zu setzen. Das Beispiel der kroatischen Bauern fand in anderen Gebieten Nachahmung, und heute ist diese Tatsache im jugoslawischen Leben vorherrschend. Sie zwingt die gesamte Bourgeoisie, die kroatische mit inbegriffen, sich mit der Regierung von Belgrad zu solidarieren, damit diese ohne Umschweife alle Methoden des italienischen Faschismus annehme. Die von der Zwiespältigkeit Raditsch betroffenen Bauernmassen haben den Weg zur Vereinigung mit dem Proletariat gefunden. Zusammen mit diesen leiden und kämpfen sie.

Auch in der Tschechoslowakei orientieren sich die werktätigen Bauern in der Richtung des Kampfes gegen die Agrarbourgeoisie. Hier verfolgten die Agrargesetze vom April 1919 politische Ziele, die von Bedingungen geographischer und geologischer Natur gefördert wurden. Die tschechoslowakische Kapitalistenklasse war natürlich bestrebt, vom wirtschaftlichen und darum nationalen Standpunkt die tschechische und slowakische Mehrheit zu stärken und die deutschen und ungarischen Minderheiten zu schwächen. Der Kampf entbrannte späterhin auch innerhalb dieser nationalen Mehrheiten. Der tschechische Agrar- und Industriekapitalismus war bestrebt, auch in die

Musiker, Wolfgang Amadeus Mozart; dazu in einer idealen Umgebung: Hofgarten, Kaisersaal; das scheint doch wirklich etwas wie eine Kulturrat zu werden. Doch schaut man nur etwas tiefer auf seinem Programm, so liest man: Eintrittspreise: 8 und 4 RM, bzw. 6 und 3 RM., zur Nachmusik Stehplatz sogar schon für 2 RM. Damit ist das Gesicht des „Mozartfestes“ enthüllt. Die ganze Sache ist eine Angelegenheit für die Elite der „Gesellschaft“, d. h. des Geldes. Nicht Menschen, die nach wahrer Kunst lehren, nicht die vielen, vielen gerade aus dem arbeitenden Volke, denen Kunst Erlebnis sein könnte, gäbe man ihnen Gelegenheit, sie zu hören und zu sehen, nein, die Spielleute der „Gesellschaft“ werden in grande toilette — Mozart feiern. Gerade Mozart, der, aus dem ärmsten Volke stammend, aus dem Volke seine Kräfte schöpfend, für eine ähnliche „Elite“, damals nicht bürgerlicher, sondern adeliger Herkunft, seine herrlichen Werke schreiben mußte, denn sie bezahlte ihn ja; man weiß sogar, daß sie ihn oft nicht einmal bezahlte, daß sie ihn aussugte und ausbeutete, schlimmer als heute manch' ein Arbeiter ausgebeutet wird. Diesen Mozart, der dem armen, arbeitenden Volk gehört wie wenige, feiern „sie“ jetzt im Würzburger Schloß.

Und wie? Am Samstag gab es eine Nachmusik im Hofgarten; zuerst nur Musik, ein nichtssagendes Werken von Paul Grasseer, Die Flöte von Sansouci neben herrlich klingenden Kanons und einem Hornkonzert von Mozart. Und dann — ein „Festspiel“ von Oskar Kloeffer mit Musik von Zilcher; nach diesem Schundwerk könnte man wieder froh sein, daß es nur einer „Elite“ vorbehalten blieb, dazu auch noch Bierfall zu klatschen und den Ausru dieses gereimten Quatsches hervorzurufen, denn gerdazu verheerend wäre ja die Wirkung dieses Kitsches auf die Massen. Einzig durch die ganz nette Musik von Zilcher konnte man die Sache ertragen, die auch in der Aufführung an Großvaters selige Zeiten erinnerte. — Und so etwas wagt man neben Mozart zu stellen; diese Art von Lokalpatriotismus müßte bestraft werden, dem „Dichter“ müßte verboten werden, jemals wieder etwas zu veröffentlichten (das Schreiben läßt sich ja nicht verbieten — leidet!).

Es ist vielleicht ein Trost, daß danach nach vier Konzerte folgten, mit gutem Programm und ersten Kräften, in denen dasselbe Publikum genau Beifall klatschte wie nach diesem Kitsch? O, Mozart würde sich im Grabe herumdrehen, ähe er, wie er „gefieert“ wird. Das wirklich arbeitende Volk aber hat erst für die Zeit zu kämpfen und zu arbeiten, in der es seine Feste feiern kann, die dann wirklich Feste des Volkes sein können.



Slowakei einzudringen, wo die ärmsten Bauernmassen in einer religiös-politischen Organisation organisiert waren, an deren Spitze der katholische Priester Hlinka stand, der das Banner der slowakischen Autonomie entfaltete. Aber diese Bewegung war zum Untergang verurteilt. Die Agrarpartei, die eine machtvolle Organisation der tschechischen Agrarbourgeoisie ist, und der es gelungen war, die Übergroße Mehrheit der tschechischen werktätigen Bauern zu erfassen, verfolgt das tschechische Ziel, auch die slowakischen Bauern an sich zu ziehen, um die Reihen der Bauern gegen den Vormarsch der Arbeiterklasse zu stärken. Und um die slowakischen, katholischen Bauern der Partei Hlinkas zu entreißen, versucht die Agrarpartei, andere katholische Schichten mit Petrovic an der Spitze auszunutzen. Aber ein großer Teil der slowakischen Bauern verlassen zwar Hlinka, leisten aber auch dem Faschismus Widerstand. Viele slowakische Bauern stehen auf dem Boden des Klassenkampfes und vereinigen sich mit den ungarischen und den deutschen Bauern, ferner mit den Karpatho-Ruthenen, die von Agrargesetzen schwer betroffen sind. Diese Bewegung befindet sich erst in ihren Anfängen. Sie bieten aber bereits eine Gewähr dafür, daß die Kapitalistenklasse der Tschechoslowakei nicht imstande sein wird, die gesamte Bauernbevölkerung für die Offensive gegen das Proletariat zu gewinnen. Ein Beweis hierfür sind die Gewaltmaßnahmen, die der tschechoslowakische Staat gegen die werktätigen Bauern anwendet. (Schluß folgt.)

## „Das neue Volk und Rom“.

Dr. Retzbach beschäftigt sich mit dem Artikel im NV: „Prof. Ude und Rom“ und die Zentrumspresse bringt dazu eine Erklärung Prof. Foersters.

Dazu kurz:  
Der Artikel war aus der Zeitung: „Oesterreichischer Bund“ zitiert. Dort war auch das Zitat von Prof. Foerster mitzulesen. Das Datum des Artikels Foersters in der „Zeit“, das angegeben war, beweist schon daß Foerster mit jenen Sätzen den Fall Ude nicht meinen konnte. Dr. Retzbach hätte deshalb objektiv schreiben müssen: „Der österreichische Bund und Rom“. Dann wäre es wahrer gewesen.

In die Entscheidung Roms mischt sich das NV, nicht ein. Die Entscheidung darüber liegt bei Prof. Ude selber, der sicher sein treukirchliches Verhalten mustergeräufig bewiesen hat. Ein Bedauern über das Redeverbot aussprechen, vor allem über die Art und Weise des Vorgehens gegen Ude, unbeachtet der dogmatischen Seite, die das NV, niemals berührt, ist dem Katholiken erlaubt. Es dürfte Dr. Retzbach als Theologen bekannt sein, daß nach kath. Rechts sogar Kritik am Papste erlaubt ist, die aber das NV, nicht einmal übt. Und wenn das NV, einmal das tut, befände es sich nur in Gesellschaft der Presse, die Dr. Retzbach empfiehlt, der Zentrumspresse! („Köln. Volksztg.“ etc. Beweise können erbracht werden!) Wenn angesichts der von Prof. Foerster auch im Auge gehaltenen Gesamtlage unserer Zeit ein solches Bedauern ausgesprochen wird, so liegt dieses Bedauern nicht auf der negativen, sondern auf der positiven Seite.

Der Kommentar, den das NV, anfügte, besagt mit keinem Worte, daß mit dem „Mundstopfen“ Rom gemeint ist! Denn nicht Rom, sondern Udes Fürstbischof hat Ude den „Mund gestopft“. Daß Rom in einer Disziplinarentscheidung nicht gegen den Fürstbischof entscheidet, ist verständlich.

Weon Dr. Retzbach meint, „die Kirche würde sich freuen in Ude einen Mann zu haben, der sein großes Wissen, gepaart mit sozialer Feuer in den Dienst der Öffentlichkeit stellt und nicht bloß auf dem Katheder der Hochschule leuchten läßt. Wenn Ude nach Inhalt und Form die gebotenen Grenzen in Zukunft einhalten will“, so ist doch fraglich, welches diese Grenzen sein sollen! Soweit dogmatische Irrtümer vorliegen, müssen sie Ude vorgelegt werden. Solche sollen aber nicht vorliegen. Die Radikalität der Askese aber dürfte bestimmt keine Überschreitung der Grenzen sein, sonst hätten auch die Franziskaner etc. (alle Heiligen!) solche Grenzen überschritten. Und die Kirche weist doch auch den Vorwurf zurück, daß sie „Mittelmaßigkeit“ bedeute und nicht Weg zur Vollkommenheit!

Die Abwege der Führer der CSRP. sind aber, Herr Dr. Retzbach, bestimmt nicht so kraß, wie die „Abwege der Zentrumsführer“ in ganz bestimmten, konkreten Fragen, nicht des Schreibens, sondern des Handelns! Es wäre deshalb angebracht, das kath. Volk vor diesen zu warnen, als vor den Führern der CSRP. Solche Anfechtungen bei rein kirchlichen Auseinandersetzungen seitens eines Theologen riechen zu sehr nach parteipolitischer Voreingenommenheit, als daß sie aus der seelsorgerlichen Kirchensorge stammend anerkannt und gewürdigt werden können!

Die Führer der CSRP. haben sich niemals angrasig, in kirchlich-katholischen Fragen Führer zu sein, sondern in politischen Fragen und zwar als Führer einer christlichen, nicht einer konfessionellen Partei, auch wenn die Führer und ein großer Teil ihrer Anhänger aus Katholiken sich zusammensetzen! Das Recht dieser Interkonfessionalität nehmen diese Führer genau so in Anspruch, wie es seit Anbeginn immer auch die Führer des Zentrums getan haben! Macht auch hier keine „Spanische Wände“, vermeintlich hier nicht, was politisch und was theologisch-kirchlich ist! Zudem hätte Dr. Retzbach heute viel wichtigeres zu tun, um zu warnen vor ganz anderen Führern und Bewegungen, als vor denen der CSRP!

## Noch einmal Klarheit!

Das „Fränk. Volksblatt“ bringt in Anlehnung an den Ullsteinprozed (mit dem wir wirklich nichts zu tun haben!) folgenden Nachkommentar:

„Soweit die „Welt am Montag“. Das „Tagebuch“ in Berlin (vom 28. Juni) gibt alle Einzelheiten der erpresserischen Tätigkeit des notorischen Dokumentenfälschers Matthes ausführlich wieder. Mit diesem Matthes ist auch Herr Vitis Heller in Beziehungen getreten, um die Bayerische Volkspartei zu verdrängen. Er hat dafür drei Monate Gefängnis erhalten. Die Berufungsinstanz hat noch nicht gesprochen. Während aber Herr Georg Bernhard von der „Vossischen Zeitung“ sein Amt niederlegen mußte, weil er sich von dem Separatistenhuptling irreführen ließ, läßt sich Herr Vitis Heller, der den gleichen Fehler beging, dafür aus als Märtyrer der

Wahrheit feiern und läßt zu, daß seine Anhänger einen Kampffond von 1500 Mark sammelten, um die Folgen seines üblen Streiches abzuwehren. In unserer heutigen Zeit ist offenbar nichts unmöglich!“

Dazu erkläre ich:  
Es ist eine Lüge, daß ich mit Matthes in Verbindung getreten sei, um die Bayer. Volkspartei zu verdrängen. Eine Lüge, daß ich dafür 3 Monate Gefängnis erhalten habe. Die Notiz von Matthes glog nicht nur an den Ministerpräsidenten selber, sondern an eine Reihe von Zeitungen und wenn ich diese abdruckte, geschah es nicht, weil ich mit Matthes in Verbindung trat, sondern weil ich es für einen Skandal betrachtete, und es heute noch als einen solchen betrachte, daß ein katholischer Staatsmann und Politiker, der sich, nach den Worten der Bischofserlasse wohl „schützend vor die Kirche im öffentlichen Leben stellt“ (?), einen 70 jährigen

katholischen Domkapitular, der zudem Parteigenosse von ihm ist und sogar Fraktionskollege einmal war, wegen „Beleidigung“ vor ein weltliches Gericht zerren, ihn verklagt, obwohl vorher im Prozeß Held gegen Frölich seine beleidigte „Ehre“ wiederhergestellt war. Das allein war der Grund der Artikel gegen Held, sonst nichts! Und wenn dafür ein bayerisches Gericht 3 Monate Gefängnisstrafe ausspricht, kann ich es tragen! Aber ich verbiete mir ein für allemal die Unterschiebung unlauterer Motive und die Gleichsetzung solcher Motive mit denen, die im Prozeß Ullstein eine Rolle spielten, gerade von einem Blatt, das bestimmt mehr die Aufgabe hätte, auf Seiten eines solchen Domkapitulars zu stehen, als mit derartig journalistischen Kanzenzspinnungen nur immer dem „Heller“ etwas anhängen zu wollen. Hinter solcher Methode steht ein Geist, der nicht berechtigt ist, sich auch nur über einen Matthes zu entrüsten! V. Heller.

# Aus der Bewegung.

## An Ortsgruppenleitungen und Vertrauensleute.

Flugblätter sind vom Verlag „Das neue Volk“ zu beziehen. 1000 Stück kosten 6 Mark. Die Freunde wollen umgehend bestellen. Es darf kein Tag vorübergehen, an dem nicht für die gemeinsame Sache gearbeitet und geworben wurde. Verlangt sofort Werbematerial!

## Kampffond.

A. B. Berlin RM. 130, G. M. Meßbach/Odenwald RM. 400, Ungenannt RM. 250, Justitia fundamentum regnorum RM. 200, Ortsgruppe Alsdorf RM. 500, X. Y. in Z. RM. 200, L. B. Saarlouis RM. 500, B. M. Tirschenreuth RM. 120, W. K. Köln Mülheim RM. 150, Gesamtbetrag RM. 1250,81.

Wiederum unseren Freunden, die noch in steter Opferfreudigkeit für unseren Kampf sammeln und opfern, unseren herzlichsten Dank. Es sind noch eine Reihe Ortsgruppen, die noch keine Sammlung durchgeführt haben. Freunde, wann halt ihr das Versäumte nach? Es geht ja nicht nur um die Person, dessen Namen unser Kampffond trägt, es geht um unsere Sache und unseren gemeinsamen Kampf. Eine gegnerische Presse schreibt davon, daß schon 1500 RM. gesammelt wären. Freunde, macht es wahr, denen zum Trotz, die uns verleumdern. Denkt daran, daß jeder Pfennig ein Beitrag zu unserem Kampf gegen dieses System und gegen die ganze Korruption nicht nur in dieser deutschen Justiz ist. Unermüdlich muß unser agitatorischer und politischer Kampf geführt werden. Wir können diesen Kampf nur führen und praktische Erfolge erzielen, wenn wir die Unterstützung und praktische Hilfe aller unserer Freunde und Anhänger bekommen.

Spendet auch den kleinsten Betrag unter „Hellerkampffond“ auf Postcheckkonto 12329 Nürnberg. Das neue Volk, Würzburg, Karthaus 11a.

## Landesverband Baden.

Für den Kampffond sind in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1930 folgende Beiträge der Landespartei überwiehen worden: Friedenskämpfer in Irschoe 1,24 RM.; X. Y. 2 RM.; Friedensfreund in Wiesloch 1 RM.; L. M., Mannheim 2 RM.; Ortsgruppe Volkstheusen 10 RM.; Ortsgruppe Mannheim 5 RM.; Kath. Geistlicher 4 RM. Gesamtsumme am 1. Juli 1930 196,24 RM. — Wir stehen vor einer großen Aufgabe und richten immer wieder die dringende Bitte an alle Ortsgruppen, Freunde und Leser des neuen Volkes, sich regen an den freiwilligen Sammlungen für den Kampffond zu beteiligen und weitere Geldbeiträge zu überweisen auf Postcheckkonto 775 91, Amt Karlsruhe, Anton Morzell, Stadtverordneter in Mannheim C 2 Nr. 25. — Für die opferwilligen Gaben, welche bis heute der Partei überwiehen wurden, spricht der Landesverband Baden sämtliche Spenden seinen herzlichsten Dank aus. E. L. Freiburg i. Br. Jeden ersten Samstag im Monat findet im Rest. Höflin, Weberstraße, unsere Mitgliederversammlung statt. Leser und Freunde herzlich willkommen.

## Landesverband Bayern.

### Kreisverband Unterfranken.

Wernfeld. Am Samstag, den 12. Juli, abends 3 Uhr, spricht im Gasthaus Hofmann Freund Heil aus Würzburg über „Die Arbeitslosenversicherung, ihre Bestimmungen und Auswirkungen“. Vor und nach der Versammlung wird Auskunft in allen einschlägigen Fragen erteilt. Freunde aus Wernfeld, Gumbach, Sachsenheim, Adelsberg und Gosenheim, erscheint zahllos, weist alle Arbeiter auf diese Versammlung hin.

Taubertersheim. In seiner Heimatgemeinde sprach Vitis Heller zum ersten Male, nachdem er bereits 12 Jahre politische Entwicklung und Kampf hinter sich hatte. Viele Freunde warteten auf ihn. Es galt, den Verdacht Vitis Hellers und damit der christlich-sozialen Idee aufzuzeigen. Viel Verleumdung war auch hierhin gedrungen. Die Ausführungen V. Hellers zeigten die klare Linie und den Weg, den auch der letzte Bauer und Arbeiter gehen muß. Die Ausführungen Hellers bewirkten, daß auch der letzte seiner anwesenden Heimatgenossen hinter V. Heller steht. Die Freunde werden mit dazu beitragen, die Wahrheit und unseren politischen Kampf in das letzte Dorf zu tragen. Den Verleumdern und Demagogen wird, wo sie auch auftreten mögen, die entsprechende Antwort gegeben werden. Eine Ortsgruppe mit zahlreichen Lesern des „Neuen Volkes“ wurde gegründet.

## Landesverband Hessen-Nassau.

Freunde, auf nach Darmstadt zum Landespa... uil! Herzlich willkommen alle! Am Vorabend spricht unser Parteiführer Freund Heller im „Bürgerhof“ in öffentlicher Kundgebung.

Wer kann, nehme daran teil! Wer die Anmeldung noch nicht vollzogen hat, hole es nach. Es sei der Tag des Aufbruches, der Tag des Erwachens für das ganze Gebiet. Kampfgruß! J. Streit, Niederlahnstein.

## Landesverband Rheinland.

### Freunde in Opladen und Leverkusen!

Geht rechtzeitig wählen! Sorgt für stärkste Wahlbeteiligung der mit uns Sympathisierenden! Nutzt die kurze Zeit bis zur Wahl noch durch eifrige Werbearbeit aus! Stellt euch der Ortsgruppe für Wahlarbeit zur Verfügung!

Ortsgruppe Leverkusen. „Weckruf oder Dreckruf“ Wir überlassen es den Lesern dieser in tausenden Exemplaren verteilten Wahlsetzung der Zentrumspartei, ob sie diese

richtig zu benennen. Dieses Geistesprodukt zeugt von einem fürchterlichen geistigen Tiefstand. Man hat sicher schon allerlei zu Wahlzeiten erlebt. Ein derartiges Ausspielen von Lüge, Verdrehung, Unanständigkeit und Schmutz hat sich aber noch keine Partei erlaubt. Wir lehnen es entschieden ab, der Zentrumspartei auf diesem Sumpfweg zu folgen.

Die bürgerlichen Parteien schreiben in einem Wahlausruf: „Die vereinigten bürgerlichen Parteien bedauern im Hinblick auf den „Weckruf“ der Zentrumspartei vom 13. Juli den kulturellen und geistigen Tiefstand, der hier in Wort und Bild zum Ausdruck kommt. Das geistige Niveau unserer Wähler ist so hoch, daß wir mit einem solchen „Weckruf“ sicher das Gegenteil dessen erreichen würden, was das Zentrum bei seinen Wählern hiervon erwartet; wir hoffen aber, daß alle anständig denkenden und gebildeten Katholiken sich von einer Partei abwenden werden, die glaubt, solche Mittel bei ihren Wählern anzuwenden zu müssen. Wir schließen unseren Wahlruf nicht mit den Worten: „Gott will es“; wie es die Zentrumspartei in wenig christlicher Weiss tut, denn wir wollen den Namen Gottes nicht in menschliche Politik serren und dadurch ent-deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Deutsche Volkspartei heiligen. . . . .“ Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Deutsche Volkspartei, Demokratische Partei. Dieser Erklärung haben wir nichts hinzuzufügen.

Ortsgruppe Leverkusen. Der in vollster Einmütigkeit bei größter Anteilnahme unserer Freunde aufgestellte Wahlvorschlag sieht wie folgt aus:

### Wahlvorschlag Nr. 5 Christlich-Soziale Reichspartei.

1. Heindrichs Matthias, Postassistent, Hebelstraße 5,
2. Keller Heinrich, Maurer, Rheindorferstraße 76,
3. Leyer Alexander, Invalide, Adolf-Baeyerstraße 15,
4. Braun Luise, Hausfrau, Bahnstr. 72,
5. Altenbach Gerhard, Maurer, Leverkusen-Rheindorf,
6. Hermanns Johanna, Dreher, Lindenstraße 56,
7. Schott Philipp, Postassistent a. D., Gr. Kirchstraße 68,
8. Hinz Anton, Schreiner, Friedrichstraße 24,
9. Rheinfeld Peter, Gewerbetreibender, Leverkusen-Wiesdorf, Hauptstraße 116,
10. Miedbach Alois, Arbeiter, Elchenkamp 22,
11. Diets Heinrich, Schlichter, Leverkusen-Rheindorf 219,
12. Jansen Josef, Dreher, Gesslin-Allee 43,
13. Koch Maria, Hausfrau, Dönhoffstraße 19,
14. Block Anton, Schmied, Mühlweg 29,
15. Jussen Gerhard, Invalide, Heidehöhe 19,
16. Zimmermann August, Hammerschmied, Windthorststr. 3,
17. Adams Elfrida, Hausfrau, Carl-Leverkusenstraße 70,
18. Jansen August, Pensionär, Hindenburgstraße 2,
19. Hoffmann Wilhelm, Schlosser, Bezzelstraße 17,
20. Schmitz Wilhelm, Kriegsinvalide, Elsholeweg 23.

Freunde! Verheißt diesem Vorschlag zum Siege. Arbeitet noch bis zur Wahl!

Eilendorf. Unsere Monatsversammlung findet am Sonntag, den 20. Juli um 10 Uhr vorm. im Lokale Josef Cormann am Bahnhof statt. Freunde und Gönner sind herzlich eingeladen. D. Vorstand.

## Landesverband Westfalen.

Schwelm. Am Samstag, den 19. Juli, abends 8 Uhr, findet unsere Ortsgruppenversammlung statt. Freund Heinrich Danzig hält einen Vortrag und Freund Wilhelm Arns führt den Vorsitz. Laßt Euch durch das schöne Wetter nicht abhalten, Freunde! Der dritte Samstag gebietet immer der Ortsgruppe. Wer kann, bringe doch seine Frau mit. Alle Leser des NV, und Gesinnungsfreunde sind herzlich eingeladen.

Witten (Ruhr). Hier fand eine sehr gut besuchte Frauenversammlung statt. Frau Wegener aus Dortmund wudte die Anwesenden sehr zu fesseln. Die lehrreichen Ausführungen fanden regen Beifall. Immer mehr wird es der Fall, daß auch die Frauen Besitz erzeifen von ihrem Recht und die wirkliche Politik gestalten helfen. Unsere nächste Versammlung am 30. Juli wird doppelten Besuch aufweisen, dafür werden unsere Frauen nun sorgen.

## Landesverband Saargebiet.

Bobach-Colmesweiler. Am Sonntag, den 15. Juli findet hier eine öffentliche Werbeversammlung statt. Freund Alois Schmitz spricht über „Warum eine christliche Linkspartei“. Anfang der Versammlung um 4 Uhr. Freunde aus der Umgebung sind eingeladen.

Rosenhaus bei Wahlschied. Freunde, denkt an das große Treffen am hiesigen Aufzugsort am 10. August. Bereitet Euch vor. Vor allem auch ein Steidlchein der gesamten C.S.J. der Saar.

## Briefkasten.

Röttlingen. Ja, an diesen Einzeltaschen sieht man, wie Behörden heute mit dazu beitragen, „Arbeit zu beschaffen“. Es ist auch ein Skandal, daß bei der Wegebereitung das Bezirksamt Schottermaschinen aufstellen läßt, statt den dortigen Leuten im Winter und an anderen freien Tagen ein paar Pfennig durch Steinklopfen verdienen zu lassen und daß man, um das Steinfahren im Lohne zu drücken, eine Gemeinde gegen die andere ausspielt. Daß die Regierung in Würzburg den Bescheid gibt, daß sie nichts dagegen machen könne, beweist nur, wie überflüssig solche Regierungen heute geworden sind und wie recht wir haben, wenn wir im ganzen staatspolitischen Apparat gründliches Durchgreifen verlangen! Sonst Gruß! Es geht gut vorwärts im Taubertal und im Gau. Auch der Bauer dort erwacht, besonders die Jugend! Nur vorwärts!

Das Kampf- und Werkblatt der jungen politischen Generation ist

## „Die junge Tat“

Kampfblatt der christlich-sozialen Jugend

Erscheint monatlich. Preis 10 Pfennig die Einzelnummer. Unterstützt den Kampf der Jugend. Bestellt sofort bei W. Dohr, Essen, Steppen... 28.



Unser  
**Saison-Ausverkauf**  
dauert vom 10. bis 25. Juli.

Beachten Sie die grossen  
Preiserlässigungen!

**Wilhelm Zapff**  
KAISERSTRASSE 108 • ECKE JULIUSPROHENADEN  
**Würzburg**

**Sommer-  
Ausverkauf**

Vom 10. bis 24. Juli gewähre ich wie alljährlich auf sämtl. Artikel  
**10% RABATT**  
und bietet sich für meinen Kundenkreis eine seltene Gelegenheit  
wirkliche Qualitätswaren  
insbesondere:  
**Weißwaren, Aussteuerartikel  
Bettdamaste, Halb- und Reinleinen <sup>aller</sup> <sub>Sorten</sub>  
Bettinletts, Fertige Betten, Bettfedern  
Daunen, Schlafdecken, Frottiervaren  
zu Ausnahmepreisen**  
zu beschaffen.

**Franz Leininger**  
Würzburg Mainbrücke 2.

**Gewaltiger  
Preis-Sturz**  
im  
SAISON  
**AUSVERKAUF**

Unser ganzes Haus steht diesmal im  
Zeichen eines so radikalen Preis-  
abbaus, wie ihn Würzburg kaum je  
erlebt hat. Nicht nur  
**Damen-Kleidung  
Woll- und Seidenstoffe**  
sondern auch  
**Tisch- und Bett-  
wäsche · Leib- und  
Küchenwäsche  
Teppiche · Gardinen  
Innendekorationen**  
gelangen mit ungeheurem Preisnach-  
laß zum Verkauf.  
Trotz dieser gewaltigen Preis-  
ermäßigungen geben wir während  
des Ausverkaufs  
**außerdem doppelte  
grüne Rabattmarken**  
Nutzen Sie diese große Gelegenheit!  
Sie können viel, viel Geld  
dabei sparen.

**G** geht zu  
**Guttmann**  
WÜRZBURG SCHÖNBORNSTR. 6

**KOSTENLOS**  
Lesen wir jed. Rundfunkhörer  
eine **FRÜHNUMMER** der  
offiziellen Programm-Zeitung  
**S.R.Z.**  
Südwestl. Rundfunk - Zeitung  
Schreiben Sie sofort an:  
**S.R.Z. FRANKFURT AM MAIN**  
Bücherstraße 20/22

**Nur Mensch sein!**  
Ein Aufruf von  
Wilhelm Heydorn  
**0.50 M. u. Porto**  
Verlag d. Menschheits-  
partei Hamburg-Blankenese, Waddigenstr. 1

Nach langjährig. spezialärztlicher u. praktischer  
Tätigkeit habe ich mich hier in den früheren  
Praxisräumen des Herrn Dr. Aachenbrand als  
**praktischer Arzt**  
niedergelassen.

**Dr. med. Otto Mähler**  
Petersplatz Nr. 2  
Diathermie - Elektro-Therapie - Bestrahlungen  
Sprechstunden 8-11 u. 2-5 Uhr.

Die kassenlos wiederhergestellte Gemeinde  
Frankfurt am Main, wünscht mit höchst-  
lich Gefallen 5 korrespondierende Aufschriften  
an Leberstein, Frankfurt a.M., Theobaldstr. 25

Lesen die Broschüre:  
**Die Reichswehr**  
von Lehmann-Rubboldt  
**RM. 1.00**  
Bestellungen erbittet:  
Berthold Silbersack  
Würzburg  
Rottendorferstr. 8

Kaufe  
bei  
unseren  
Inserenten!  
↓  
Verbreite  
und  
empfehle  
unser  
Blatt!

DIE  
NEUE  
KAPPEL



SCHREIB-  
MASCHINE

Maschinenfabrik Kappel A. G. Chemnitz.  
Zuständige Vertretung: **Chr. Schmitt Nachf.**  
Inhaber: Ph. Pfeifer **Würzburg**  
Fernruf 2463 Sanderstrasse 7

**MITTEILUNG.**  
An Sondernummern der „Allgemeinen Rundschau“  
sind bisher erschienen:  
2 Abendlandnummern 2 Rußlandnummern  
4 Bolgennummern 1 Polennummer  
Die 4 Bolgennummern sind zum Preise von Mk. 3.—; die  
beiden Rußlandnummern zu Mk. 1.15, die Polennummer zu  
Mk. — 80 zu beziehen von  
**Berthold Silbersack, Würzburg, Rottendorferstr. 8.**

**Trinkt Chabeso!**

**◀ Koks! ▶**

Unsere Sommerpreise:  
Grobkoks ab Werk M. 1.80 frei Keller M. 2.10  
Nußkoks " " M. 1.00 " " M. 1.30  
Perlkoks " " M. 0.75 " " M. 1.05

**Baustein-Werk**  
G. m. b. H.  
Würzburg 7 Telefon 3407.

Für Lumpen, Eisen,  
Papier u. Metalle etc.  
zahlt stets die höchsten  
Tagespreise  
**Franz Bauer**  
Innere Graben 20,  
Eiholungen werden auf Wunsch  
prompt vorgenommen.  
Buch-Samstage geöffnet.  
Verlangt in allen Buch-  
und Zeitschriftenhandlungen  
**DAS NEUE VOLK.**

Eine trockene Wohnung durch  
**Rhein-Schwemmsteine**  
Prompte und preiswerte Lieferung von Bims-  
produkten aller Art, sowie Mauerzand  
besorgt  
Parteifreund Jean Adelfang,  
Engers a. Rhein,  
Bendorferstraße 28 a.

Werbt für „Das neue Volk“.